



Vierteljährlicher Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 15 Sgr. — Inserationsgebühren für den Raum einer fünfzeiligen Zeile in Beilage 2 Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Kontakten Befellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 55. Mittag-Ausgabe.

Dreihundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Freitag, den 2. Februar 1872.

Deutschland.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

26. Sitzung des Abgeordnetenhauses. (1. Februar).

11 Uhr. Am Ministertisch Camphausen, Falk und v. Selchow mit mehreren Commissarien.

Minister v. Selchow bringt einen Gesetzentwurf ein, betreffend die Ablosung der Realitäten für Kirchen, milde Stiftungen und Schulen. Das Haus hat in dieser Frage vor zwei Jahren die Initiative ergriffen und einen bezüglichen Gesetzentwurf beraten; die Regierung konnte damals nicht Stellung zu ihm nehmen aus Mangel an Rentenbanken. Nunmehr hat sich der Finanzminister mit der Eröffnung solcher Banken einverstanden erklärt. Die Vorlage beruht auf denselben Principien, zu welchen das Haus in seiner Mehrheit sich bekannt hat. (Sie wird der Agrar-Commission überwiesen.)

Erster Gegenstand der Tages-Ordnung ist die Schlussberatung des Gesetzes, welches bestimmt, daß der Präsident und die Mitglieder der Oberrechnungskammer nicht Mitglieder eines der beiden Häuser des Landtags sein dürfen.

Abgeordneter Windthorst: Nach der Gestalt, welche das Gesetz über die Einrichtung der Oberrechnungskammer in der Commission gewonnen hat, erkenne ich an, daß für das vorliegende Gesetz nunmehr Gründe sprechen, die gewichtigen sind als meine früher geäußerten Bedenken. Aber auch jetzt noch glaube ich, daß die Vorlage dem Herrenhause nicht gerecht wird, dem ich indeß die Vertretung seiner Interessen selbst überlassen muß. Ich werde heute für die Vorlage stimmen, doch behalte ich mir vor, wenn sie verberfett aus dem Herrenhause zurückkehrt, mich dann diesen etwaigen Emendationen anzuschließen.

Abgeordneter Gottschewski, der in der Vorberatung zweimal durch Schluss der Debatte präclulirt ist, protestirt heute kurz gegen das Gesetz. Nie sei eine principiell so wichtige Vorlage durch so wenig stichhaltige Motive unterstützt worden. Der Hauptgrund, die Mitglieder der Oberrechnungskammer müßten ihre Unabhängigkeit und Unbefangenheit wahren, treffe absolut nicht zu, denn es wäre die traurigste Landescalamität, wenn die Mitglieder des Landtags nicht Unabhängigkeit und Unbefangenheit besäßen.

Das Gesetz wird demnach gegen die Stimmen der Abgg. v. Bodum-Dolffs, Gottschewski und einigen Polen angenommen.

Das Haus fest demnach die Beratung des Etats des Cultusministeriums fort.

Zu Tit. 23 (Elementarschulen) liegt ein Antrag der Abgg. Wehrenpennig und Tschow vor: die Staatsregierung zu ersuchen, bei der Veranlagung der 500,000 Thaler zur Verbesserung der Elementarschulen, so weit es irgend thunlich ist, auf die Verbesserung des Einkommens der älteren Lehrer durch Dienstalterszulagen Bedacht zu nehmen.

Abg. Wehrenpennig: In den letzten zehn Jahren sind zweimal Verbesserungen für die Elementarlehrer ausgeschrieben, einmal 165,000 Thaler und dann 100,000 Thlr., die aber nur den Lehrern in den älteren Provinzen zu Gute kamen; es ist also klar, einen wie großen Fortschritt wir in diesem Jahre machen. Dennoch ist der vorhandene Mangel noch lange nicht beseitigt. Die Gesamtzahl der preussischen Lehrer beträgt etwa 47,000; davon mögen 7000 in größeren Städten mit genügender Dotation leben. Reapartirt man auf die übrigen 40,000 die halbe Million, so kommen auf jeden Lehrer etwa 10—12½ Thaler. Nach statistischen Berechnungen haben die Landesschullehrer durchschnittlich 185, die städtischen Lehrer 234 Thlr. jährliches Einkommen.

Man wirft nun stets ein, bei vielen Lehrstellen sei der Ertrag an Naturalien zu gering taxirt, um die Gemeinden zu größeren Leistungen anzuhalten, aber mag das hier und da wirklich der Fall sein, im Wesentlichen wird das Bild des vorhandenen Mangelzustandes dadurch nicht verändert. Dem Wunsch nach Abhilfe dieser ungemein großen Noth hält man nun stets den Artikel 25 der Verfassung vor, demzufolge die Gemeinden die Kosten der Volksschulen zu tragen und der Staat nur im Nothfalle einzutreten habe, obgleich derselbe Artikel doch auch bestimmt, daß der Staat dem Volksschullehrer ein genügendes Einkommen gewähre. Bis jetzt fehlen aber noch alle Vorbedingungen zur Erfüllung dieses Artikels. Jetzt steht die Bezirksregierung die Pforten der Gemeinde fest und auf diesem willkürlichen Verwaltungsweg sind in den letzten Jahren anderthalb Millionen zur Erhöhung der Lehrergehälter herausgegeben worden. Mehr kommt aber nicht und für eine Radicalreform ist das Zustandekommen der Kreisordnung und eine Reihe anderer Gesetze notwendig. Bis dahin, auf Jahre hinaus, können wir aber nicht die 40,000 Männer betreffen, die der Staat muß provisorisch eintreten. Wenn er noch 2—3 Millionen für die Volksschule auswirft, trägt er noch nicht 25 Procent ihrer Gesamtkosten. In Bayern sind für 9272 Lehrer im diesjährigen Etat 1,294,000 Gulden ausgeworfen, so daß auf jeden etwa 80 Thaler kommen, und das hat Herr v. Luz ausgeführt, während die finanziellen Zustände Baierns einen zehnprocentigen Zuschlag zu den directen Steuern erfordern. Für uns würde eine Aufbesserung in diesem Verhältnisse 3½ Millionen erfordern. Ich hätte es lieber gesehen, wenn der Finanzminister mit dem Steuernachschuß gewartet hätte, bis dieses allerdings dringende Bedürfnis befriedigt worden wäre. Was nun unsern Antrag betrifft, so haben wir es bei der großen Geringfügigkeit der Summe, die auf den Einzelnen entfällt, lieber, wenn die 500,000 Thaler nur für die älteren Lehrer mit Familie verwendet würden. Doch fehlt uns leider jede statistische Grundlage und wenn sich herausstellen sollte, daß die Zustände so schlimm sind, daß schon dann der größte Theil der Summe verzehrt werden würde, wenn ein Minimalgehalt von 180 Thln. überall durchgeführt würde, so würden wir auf unsere Absicht verzichten und um dies zu prüfen, bitten wir, unsern Antrag der Unterrichtscommission zu überweisen.

Abg. Tschow: Wir alle, Regierung und Landtag, sind überzeugt von der traurigen Lage der Lehrer und von der unabwiesbaren Nothwendigkeit, ihr abzuhelfen, und doch hat so viel guter Wille so wenige Erfolge aufzuweisen, wie aus der Unmasse von Petitionen hervorgeht und namentlich aus dem Umstand, daß 2500 Lehrstellen gar nicht oder doch mit ungenügend ausgebildeten Kräften besetzt sind. Die Gefahr liegt nahe, daß die geistige und sittliche Bildung des weitaus größten Theils der Bevölkerung einer unüberwindlichen Schranke leide. Der Fehler steckt in der Unterrichtsverwaltung, die ohne das notwendige, statistische Material arbeitet. Die Summen für die Gehaltsverbesserungen werden den Bezirksregierungen zum Verteilen übergeben und da ist es nur zu natürlich, daß dem, der sich vorzubringen übergeben, das Beste zufällt und die Bescheidenen leer ausgehen. In vielen Schreiben, die mir zugegangen sind, ist von einer Gehaltsverbesserung von fünf Thalern die Rede; was sollen die einer Familie helfen? Andere wieder klagen, daß ihnen mit dem 1. Januar die Zulage entzogen ist. Die Minimalfälle für die Lehrer reichen im Nothfalle hin; aber nach 15—20 Jahren, wenn die Familie gewachsen ist, tritt die bittere Noth ein und deshalb ist der Gedanke einer Dienstalterszulage sehr berechtigt. Auch ich meine, daß der Staat nur provisorisch eintreten soll, denn dem jetzigen Zustande, in dem Staat und Gemeinde ihre Verpflichtungen gegenseitig aufeinander abwälzen können, muß ein Ende gemacht werden. (Beifall.)

Abg. Laßter: Unsere Gemeinden lieben es, in allen nicht kostspieligen Dingen Gemeinde zu spielen, wenn sie aber etwas leisten sollen, sich hinter dem Staat zu verstecken. Wenn wir sie früher so zusammenlegen wollten, daß sie lebensfähige Körperschaften bildeten, erhob sich allemal ein gewaltiges Geschrei, wir wollten die communale Selbstständigkeit antasten. Um den Lehrern eine Wohlthat zu erweisen, will der Antrag Wehrenpennig das Geld da wegnehmen, wo man es nicht entbehren und Leute entlasten, die nicht zahlen wollen. Was heißt das, wenn Herr Wehrenpennig es vorgezogen hätte, daß der Finanzminister mehr für die Lehrer gethan, und den Steuernachschuß nicht vorgeschlagen hätte? Nun es heißt, daß, während die Regierung fünf Millionen von der directen Staatssteuer entlasten will, Herr Wehrenpennig zu Gunsten der Kommunen, in denen Wohlhabende und Arme neben einander wohnen, die unterste Erwerbsklasse der Bevölkerung belasten will. Bei solchen Vergleichen, wie er sie mit Baiern angestellt hat, muß man ein sehr genaues, statistisches Material haben und namentlich die beiderseitigen Wohlstandsverhältnisse in Betracht ziehen. Ich bin nun der Meinung, daß der Elementarunterricht eines Kindes ein ebenso dringendes Bedürfnis ist, als Essen und Trinken, und daß, wie für dieses, so auch für jenen der Familienvater sorgen muß. Weil aber nicht jeder

einen Hauslehrer halten kann, so thun sich mehrere zu diesem Zweck zusammen, wie man sich in einer Speiseanstalt zusammenthut, um billigere Nahrung zu erhalten.

Die Gemeinde berichtet bloß ihr Geschäft, wenn sie die Schule unterhält und der Staat hat sich nur insofern darum zu kümmern, wie er es z. B. auch nicht dulden darf, daß ein Vater sein Kind, verhungern und verderben läßt. Durch Mißbildungen der Gemeinden können allerdings Ausnahmestände eintreten, obgleich der volkswirtschaftliche Zustand des Landes es nicht erwarten läßt, und da muß der Staat freilich nach dem Princip des Armenrechts eintreten. Aber nur provisorisch — und insofern will ich mich den Wünschen der Vorredner nicht widersehen —, denn ich erachte es für eine sehr bedrohliche, eine destructive und gegenstaatliche Tendenz, die auf dem Princip der zersetzenden Commune beruht, wenn der Staat die Sorge für die Lehrer den Gemeinden immer mehr abnimmt und sie dadurch immer begerlicher macht. Der Staat darf hier nur Armenunterstützer sein; das soll man nicht aus den Augen verlieren. Der Antrag Wehrenpennig nun berührt eine der allerhöchsten Fragen, ob es besser ist, die junge Kraft bei Beginn ihrer Laufbahn zu stützen oder ihr erst eine dürftige Entschädigung zu geben, wenn sie alt und decrepid geworden ist. Die Kindererziehung wird nicht erst nach 15—20 Jahren eine Last; dann sind im Gegenteil die Kinder so herangewachsen, daß sie die Eltern, namentlich auf dem Lande, unterstützen können. Die Frage bedarf der allerernstlichsten Erwägung und ich bitte die Unterrichtscommission, uns lieber gar keine Antwort zu geben, als eine, die auf allgemeine Anschauungen und nicht auf dem festen Grunde eines genauen, statistischen Materials beruht. Unsere größte, höchste und schwerste Sorge muß aber sein, unsere Gemeinden so zusammenzulügen, daß sie zu leistungsfähigen Körperschaften werden. (Beifall.)

Cultusminister Falk: Der Vorredner scheint mir mit dem, was er über die Nothwendigkeit der Herstellung leistungsfähiger Schulverbände sagte, den Nagel auf den Kopf getroffen zu haben. In dieser und auch noch in mancher anderen Beziehung ist mein Rescript so sehr an dem Zustandekommen der Kreisordnungsvorlage theilhaftig, ohne sie kann ich Ihnen ja gar nicht ein genügendes Unterrichtsgesetz vorlegen. Was dahin freilich wird der Staat für die Lehrer helfend einzutreten haben; er that es früher allgemach, jetzt mit einem sehr erheblichen Posten. Wenn dieses noch nicht genügt, soll es nicht an mir liegen, beim Finanzminister neue Summen zu beantragen; und von seiner Gewährung bin ich um so mehr überzeugt, als er ja meinem Amtsvorgänger mehrfach freiwillig seine Hilfe angeboten hat. Wo die richtige Linie zu finden sein wird, muß sehr eingehend erörtert werden; die bisher befolgten Grundsätze sind in der Denkschrift meines Amtsvorgängers angegeben, die dem Etat beiliegt; ich stimme ihnen im Allgemeinen zu. Ein großes Maß von Individualität ist dabei freilich noch immer gegeben, aber bei beschränkten Mitteln ist das nicht anders zu machen. Eine allgemeine Schablone ist nicht möglich; ob die Provinzialbehörden immer richtig entscheiden, lasse ich dahingestellt. Das Zulagen in wüthendster Weise gewährt, ist mir unbekannt; vielleicht waren sie nur vorläufige Gewährung, bis die Gemeinde geholfen haben könnte.

Der Gesichtspunkt mit den Alterszulagen läßt sich erst nach Sammlung eines genügend, statistischen Materials entscheiden. Das fehlt noch und wird in dieser Session schwerlich zu beschaffen sein. In erster Linie aber muß der brennendste Noth gesteuert und Minimalgehälter festgesetzt werden, die nicht zweifellos den bitteren Hunger erwarten lassen. Es sind darüber Ermittlungen gepflogen und Berichte von den einzelnen Bezirksregierungen eingehend worden, nach denen zu meinem Bedauern die Festsetzung genügender Minimalfälle wenig mehr, als die Hälfte der 500,000 Thaler erfordert haben würden. Bei genauerem Zusehen ergab sich aber, daß die Lehrer in den kleinen Städten, die doch auch vielfach ungenügend besoldet sind, nicht berücksichtigt waren und daß ferner einige Bezirksregierungen völlig untaffbare Minimalfälle aufgestellt hatten. (Hört! hört!) Es waren sehr bedeutende Unterschiede zwischen den Aufstellungen der einzelnen Regierungen, und das lag nicht in den verschiedenen Lebensverhältnissen der verschiedenen Bezirke, denn welcher Unterschied ist zwischen den Regierungen von Breslau und Posen? sondern eben darin, daß man diese Frage noch lange nicht tief genug geprüft hat. Ich bin schließlich zu dem Resultat gekommen, daß meine ursprüngliche Meinung richtig war und bei Feststellung genügender Minimalfälle die 500,000 Thlr. so völlig verzehrt, daß für Alterszulagen nichts mehr übrig bleibt.

Abg. Wehrenpennig zieht in Folge dieser Erklärungen seinen Antrag zurück.

Abg. v. Kardorff rügt die Schulverhältnisse in einigen schlesischen Dörfern, die entgegen den preussischen Verwaltungsstratibonen von der Regierung in Breslau gebildet wurden. Man habe ihm neulich bestritten, über preussische Traditionen sprechen zu dürfen, da er ein geborner Medlenburger sei. Er sei zwar stolz darauf, aus einem Lande gebürtig zu sein, das Preußen die Königin Louise, die Feldmarschälle Blücher und Moltke geschenkt habe, aber er müsse doch ermahnen, daß er als Kind nach Preußen gekommen, in einer greulichsten Schule erzogen sei und in der preussischen Verwaltung gearbeitet habe, endlich seit 1854 in der Provinz Schlesien ansässig sei. Wenn man das ein Herumtreiben nenne, so überschreite dieser Ausdruck so weit die Grenzen der parlamentarischen Schicklichkeit, daß seine sozialen Lebensgewohnheiten ihm verböten, darauf zu antworten.

Abg. v. Gottberg: Die Bildung der unteren Volksschichten soll unter den kleinen Communalverbänden leiden? Ach, meine Herren, so schlimm ist das nicht. (Heiterkeit.) Sie machen die Schullehrer immer unzufriedener. Diefelben haben jetzt schon eine Menge Bedürfnisse, die man haben kann, aber nicht zu haben braucht. (Gelächter.) Mit der jetzigen Kreisordnung bin ich sehr zufrieden. Bei Feststellung der Minimalgehälter soll man die Lokalbehörden hören und sie nicht von Leuten hinter dem grünen Tisch feststellen lassen, die nicht Sand von Lehm unterscheiden können. Der Regierunqs-Commissar oder vielmehr Minister Falk hat eine große Connivenz gegen die Behauptungen des Herrn Laßter gezeigt. Wir brauchen gar kein neues Organisationsgesetz; die jungen Lehrer können sich behelfen, das ist ihnen sehr gesund. Bei mir zu Hause nimmt man namentlich sehr übel, daß die Gutsbesitzer für den Unterricht ihrer Unterthanen (großes Gelächter) aufkommen müssen. (Redner spricht vom Platz, den er in der Lebhaftigkeit seines — vielfach unterbrochenen — Vortrages verläßt, um einige Schritte vorwärts zu gehen und dann wieder zurückzukehren. Wir erwähnen dieses äußerlichen Umstandes, der die andauernde Heiterkeit des Hauses erregt, weil mehrere Redner in der Folge darauf zurückkommen.)

Cultusminister Falk: Der Vorredner, dem es überaus schwer zu werden scheint, meine Umwandlung aus einem Regierungscommissar in einen Minister anzuerkennen, hat mich der Connivenz gegen den Abg. Laßter beschuldigt; meine Ueberzeugungen in dieser Frage habe ich aber schon lange Zeit gehabt, und Herr Laßter nur erwähnt, weil ich gerade an seine Worte anknüpfen konnte. Die Localbehörden werden gehört werden. Es giebt aber Regierungen, die völlig ungenügende Vorschläge gemacht haben, wenn die Minimalgehälter vor'm Hunger schälen sollen.

Abg. Graf Renard würde eine Pflicht zu versäumen glauben, wenn er an dieser Stelle nicht die traurigen Bildungsverhältnisse Oberschlesiens zur Sprache brächte. Im Regierungsbezirk Oppeln sind 6 Procent, 18 von 100, Analphabeten, während selbst in Westpreußen und Posen das Verhältniß wie 1:10, resp. 1:12 ist. Selbst die, welche lesen und schreiben erlernen, erlernen es nur so flüchtig, daß die Spuren davon rasch wieder verwischt sind und der Trieb der Fortbildung sofort im Keim erstickt wird. Die rege Thätigkeit Oberschlesiens auf wirtschaftlichem Gebiete ist nur der großen natürlichen Begabung des dortigen Volkstammes zuzuschreiben. Denn im Regierungsbezirk Oppeln genießen viele tausend Kinder gar keinen oder einen höchst ungenügenden Unterricht, weil es keine Lehrer giebt und es giebt keine Lehrer, weil kein Geld für Lehrer da ist und es ist kein Geld für Lehrer da, weil der Unterrichtsminister es früher nicht verlangt hat und die Volksvertretung es deshalb nicht hat bewilligen können. Diese Uebelstände werden wesentlich erhöht und vermehrt durch das gemischte Sprachverhältniß.

Man entscheide sich doch endlich zu einer der beiden Nationalitäten. Entweder reger man jene Nationalität, dann aber verbanne man den wappopolitischen Dialekt, der nicht einmal eine Literatur hat, aus Kirche, Schule und Unterricht, oder man gebe auf die polnische Sprache über und gebe dann aber auch polnische Schulen, Gymnasien und Universitäten. Aber

man lasse nicht den gleichzeitigen Gebrauch zweier Sprachen noch ferner zu, nachdem man ihn als Hindernis der Bildung erkannt hat. Redner braucht nicht erst zu sagen, wohin seine Sympathie gerichtet ist. Ohne seinen politischen Kollegen zu nahe treten zu wollen, muß er doch erklären, daß, wie die Dinge nun einmal in Europa liegen, das deutsche Volk oder Reich eine größere Zukunft hat, als ein polnisches. Zu constatiren ist, daß die älteren Generationen meist noch deutsch verstehen, während den jüngeren Generationen das Verständniß für die deutsche Sprache immer mehr abhanden gekommen ist. (Sehr richtig.) Die Bevölkerung hat sich dieser Verkümmern und Vernachlässigung ihrer theuersten Interessen gegenüber keineswegs indifferent verhalten. Wiederholt ist Redner angegangen worden, wie es läme, daß die Kinder nach absolvirter Volksschule wegen mangelnder Kenntniß der deutschen Sprache von allen höheren Lehranstalten zurückgewiesen würden, obgleich die Eltern dasselbe Schulgeld bezahlen, wie die Deutschen. Die Frage war nicht mit dem Hinweis auf die höhere Weisheit des Regierungspräsidenten oder des Schulraths oder gar auf den „beschränkten Unterthanenverstand“, den Gottberg in irgend einem Zusammenhange erwähnt hat (Heiterkeit), abzuweisen, sondern die Frage war als Sache der Landesvertretung zu bezeichnen. Die Leute haben sich an diese wiederholt, aber dergeblich gewandt.

Für den Rückgang der deutschen Sprache und der Volksbildung in Oberschlesien die Schulbehörde verantwortlich zu machen, wäre nur zum Theil richtig und würde dem Redner den parlamentarischen Reden aus Meppen auf den Hals heken und mit dem kleinen Serren ist nicht auf Kirchen essen. (Heiterkeit.) Darum, die Sache allgemeiner gefaßt, tragen alle diejenigen die Schuld, die ein großes Interesse haben, möglichst unbeschränkt weiter zu regieren, möglichst großen Einfluß zu behalten und deswegen die Bevölkerung möglichst von außen abzuschließen. Ist es nicht Pflicht der Regierung und des Hauses, endlich einmal nach so langen Jahren Remedur eintreten zu lassen; ist es nicht eine unerhörte Schmach, daß mitten in Europa eine der industriellsten Provinzen Preußens systematisch an die Unbildung und Unwissenheit gekettet bleibt, und können wir noch länger ansehen, daß diese vis inertiae noch länger wie ein Alp auf dieser Bevölkerung lastet? Wir rühmen uns das gebildete Volk in Europa zu sein, lassen uns von den Gelehrten, Staatsmännern und der Presse aller Länder rühmen und preisen, lieblich kränkelnd der Wehrmacht zu uns empor, in der Beräucherung aber trübt sich der Spiegel der Erkenntniß, der uns zeigen würde, wie bloße unser Auge und wie stumpf unser Wille in dieser Beziehung noch ist. Findet man in dem verrufenen Frankreich auch nur ein einziges Dorf, wo die Kinder wie Wölfe aufwachsen? Und wir sehen vornehm herab auf die verlorrene französische Nation!

Der Schulmeister, der seit 1866 vielfach zu Ehren, aber leider noch immer nicht zu Gelde gekommen ist, hat ohne seine Schuld leider keinen großen Antheil an den Siegen, die letzter von der Elbe bis zur Seine und Loire errungen worden sind. Verweilungswoll steht er vor einer Schule von hundert und mehr Kindern, nicht wissend, mit welchem er beginnen soll, und wenn er sich ein Herz gefaßt und angefangen hat und vielleicht mit dem letzten, dem 150. fertig geworden ist, dann hat natürlich das erste Kind längst vergessen, was es gelernt hat. Also nicht die Schule, die er selbst nicht besucht hat, hat den erwachsenen Mann zum modernen Streiter mit Gott für König und Vaterland gemacht, nein, sein treues Herz, sein starker Arm allein hat die Schlachten mitgeschlagen und die Siege mit errungen. Ueber alle Gebiete des geistigen und wirtschaftlichen Lebens der Nation geht ein früher erweckender Hauch: möge das Haus ihn auch befruchtend dahinströmen lassen über die obereschlesische Volksschule, damit sie sich würdig anreibe der großen Genossenschaft! Hoffentlich wird diesmal Regierung und Landesvertretung einmüthig zusammenhaken: Die eine, indem sie die Mittel befreit, die andere, indem sie sie bewilligt, die unerlässlich sind, um im Regierungsbezirk Oppeln endlich einmal den Lehrern das Leben und den Lernenden das Lernen möglich zu machen. (Lebhafter Beifall.)

Der Finanzminister: Die Regierung hat schon längst den Schulverhältnissen des Regierungsbezirks Oppeln ihre Aufmerksamkeit zugewendet und beabsichtigt es wohl keiner Veräberung, daß bei mir für alle vom nächsten finanziellen Standpunkte aus als notwendig erachteten Ausgaben auch Bereitwilligkeit für die Hergabe der erforderlichen Mittel vorhanden ist. Aber wenn ich den Ausführungen des Abg. Gottberg in irgend einem Punkte beistimme, so ist es mit seiner Mahnung zur Voricht und Mäßigung in dieser Hinsicht der Fall. Wir müssen uns hüten, unerfüllbare Hoffnungen zu erwecken. Ich sympathisire mit Denjenigen, welche davor warnen, alle Lasten von den Gemeinden ab und auf den Staat zu wälzen, die Verpflichtung des Staats zur Erhaltung der Schulen ist nur eine subsidiarische, in erster Linie haben die Gemeinden dafür aufzukommen. Der Staat hat früher 165,000 Thaler Zuschüsse gewährt, dann diese Summe um 100,000 Thaler vermehrt, und jetzt giebt er auf einmal das Doppelte. Darin wird man doch gewiß jedenfalls den guten Willen anerkennen. (Sehr richtig.) Diese Summe ist zur Auffüllung der Lehrergehälter in den leistungsunfähigen Gemeinden auf das Minimum nicht einmal ganz erforderlich und kann theilweise zu Alterszulagen verwendet werden. Die Aufgabe des Herrn Cultusministers wird es nun sein, unter sorgfältiger Würdigung der konkreten Verhältnisse der beteiligten Gemeinden, zu bestimmen, wo und in welcher Höhe Zuschüsse zu den Schulkosten zu bewilligen sind, und den Rest zu Dienstalterszulagen zu verwenden. Ich bitte Sie daher, das Amendement zu verwerfen, die Position zu bewilligen und endlich in der Etatsberatung weiter fortzufahren. (Beifall.)

Abg. Löwe: Die Frage, die zu dem vorliegenden Antrage geführt hat, wäre völlig beilegt, wenn wir für die Lehrer ein Pensionsgesetz hätten. Die Lehrer können ein solches mit größerem Rechte beanspruchen, als viele andere Beamtenkategorien. Die Zahl derer, die sich dem Lebensstande widmen, vermindert sich und der dadurch entstehende Mangel an Lehrkräften wird dadurch noch gesteigert, daß tüchtige Lehrer die Schule verlassen und mehr und mehr zur Industrie übergehen. Diesem Mangelstände kann nur dadurch wirksam abgeholfen werden, daß man den Lehrern eine Altersversorgung garantirt. Gegenüber den Ausführungen des Grafen Renard muß ich davor warnen, dem Schulmeister einen so geringen Antheil an den großen Siegen der Jahre 1870 und 71 zuzuerkennen, wie er es gethan hat; es war dies wohl nur ein Argument für den Augenblick. Wir bewilligen die geforderte Summe gern, weil wir hoffen, daß sie der neue Minister auf Grund einer geeigneten Information verwenden wird, aber alle Summen werden nichts helfen, wenn man nicht dem geistigen Nothstand, der größer ist, als die materielle Noth (sehr richtig), und zu dem schon der Grund in den Schullehrerseminarien gelegt wird, ein Ende macht. (Beifall.)

Die Discussion schließt mit einer Reihe persönlicher Bemerkungen von denen wir die folgenden hervorheben. Abg. Windthorst bemerkt gegen Graf Renard, daß sein Lob und sein Tadel sich compensiren, daß aber die Bezeichnung „kleiner Herr“ und „Rede“ eine contradictio in adjecto sei. Wenn ferner v. Kardorff ihn einer unparlamentarischen Aeußerung geziehen habe, so habe darüber nur der Präsident zu entscheiden; doch stehe er nicht an, das bezügliche Wort um des mißverständlichen Eindruckes willen, den es offenbar gemacht, zurückzunehmen, da ihm daran gelegen sei, die Beziehungen zu den Kollegen, von denen ihn kirchliche und politische Gegenstände trennten, thunlichst freundlich zu gestalten. Diese Erklärung wird vom Abg. v. Kardorff gern acceptirt und vom Präsidenten mit der Bemerkung begleitet, daß es eigentlich nicht zulässig sei, auf sein Urtheil bezüglich eines Vorganges in einer früheren Sitzung zu probociren, der keinen Ordnungsruf veranlaßt hat; seine Connivenz in diesem Falle habe nur den Zweck gehabt, die Befestigung eines Mißverständnisses zu erleichtern. Abg. v. Gottberg: Den Herrn Cultusminister hat es verfehlt, daß ich ihn einmal Minister, dann Regierungscommissar genannt habe. Es ist dies in der Regierung der Rede geschieden; ich bitte ihn um Entschuldigung und werde ihn künftig nur mit solchen Bezeichnungen anreden, die er selbst für seiner würdig hält. Graf Renard scheint mich um meine Beweglichkeit zu beneiden; ich meinerseits freue mich seiner Verfassung, die den Reid eines Schullehrers erregen kann. — Der Cultusminister bittet den Abg. Gottberg, seine Aeußerungen immer nur in ihrem Wortlaute aufzufassen. — Abg. Graf Renard giebt zu, daß er Gottberg beneide, der unfreieitig das gymnastisch ausgebildete Mitglied des Hauses sei. (Stürmische Heiterkeit.)

Die Position wird bewilligt. Zu Tit. 27—32 (Kunst und Wissenschaft) empfiehlt der Abg. Jung das

Conserbatorium zu Köln der Fürsorge der Regierung, die bisher für dasselbe noch gar nichts gethan habe, obgleich dasselbe durchschnittlich 90 Schüler zähle, Musiklehrer, Künstler und Künstlerinnen ausbilde und den Zusammenhang zwischen der deutschen Tonkunst und der anderer Länder herstelle. Der vorige Kultusminister habe die wiederholt erbetene Unterstützung, obgleich er die bedeutenden Leistungen des Instituts anerkannte, doch abgelehnt, weil nicht die absolute Unterhaltungsbedürftigkeit desselben nachgewiesen werden konnte. Bestehen, fortzubestehen könne das Conserbatorium allerdings ohne Subvention, aber nicht sich weiter entwickeln, und gerade zu letzterem Behufe ist Subvention besonders angebracht. Während das Berliner Conserbatorium eine künstliche Schöpfung, sei das Kölner ein Naturproduct und habe ein schönes und reiches musikalisches Runkleben in der ganzen Provinz hervorgerufen. Hoffentlich werde der neue Minister auch dieser populärsten Kunst gerecht werden.

Abg. Reichensperger (Crefeld) schließt sich den Ausführungen des Vorredners über das Kölner Conserbatorium an, das in der That eine mehr als bloß communale Bedeutung habe. Abgesehen vom Dom, der dem ganzen deutschen Vaterlande zur Ehre gereiche, habe der Staat seines Wissens für keine der zahlreichen gemeinnützigen Einrichtungen, die der Kölner Bürgerinn geschaffen, irgend eine Unterstützung gewährt.

Ein besonderer Antrag wird nicht gestellt. Bei Tit. 29, Kunst-Museen zu Berlin spricht Abg. Karsten sein lebhaftes Bedauern aus, daß man verschiedene Kunstwerke Schadow's habe verschwinden lassen, statt dieselben für die Museen zu erwerben und dort zu conserviren. So seien einige Reliefs am Gebäude des Marstalls, sowie die Statuen römischer Krieger am Rosenthaler Thor ganz verschwunden. Eine Reihe von Reliefs, die das Gedächtniß des Palais schmückten, sei bei der Abtragung dieses Palais, das an eine Actien-Gesellschaft verkauft war, spurlos verloren gegangen. Die berühmte Statue Zietens, deren Nachbildung in Erz auf dem Wilhelmplatz stehe, sei gegenwärtig auf dem Hofe eines Staatsgebäudes aufgestellt und allen Unbilden der Witterung ausgesetzt.

Zu Tit. 30, Akademie der Wissenschaften in Berlin, beantragte Abg. Graf v. Limburg-Sturum die Erwartung auszusprechen, die Regierung werde die Akademie der Wissenschaften vom Jahre 1873 ab mit einem jährlichen Beitrage von 5000 Thlr. dotiren, Befußs Bildung eines von den Archäologen der Akademie zu verwaltenden für archäologische Ausgrabungen und Reisen zu verwendenden Fonds.

Abg. v. Behr: Der Antrag fordert die Ermägung heraus, ob gerade diese Verwendung vorzugsweise Berücksichtigung verdiene. Dies sei nicht zuzugestehen. Sämmtliche Ausgaben für Kunst und Wissenschaft seien wesentlich dieselben geblieben, seit Preußen allein alle Kräfte auf die „Wacht am Rhein“ zu verwenden hatte. Gegenwärtig ändere sich dies Verhältniß; in allen Verwaltungszweigen seien Mehraufwendungen projectirt, und so möge man dem Kultusminister anheim geben, auch für Kunst und Wissenschaft größere Mittel zu verwenden. Vielleicht sei noch in diesem Jahre eine Erhöhung des Etats z. B. für Kunstmuseen möglich, da das Haus ja auch noch Vorlagen über Verwendungen für andere Museen zu erwarten habe.

Abg. Graf Sturum weist zur Begründung seines Antrages auf die Bedeutung der archäologischen Wissenschaft sowie auf die besondere Befähigung der deutschen Gelehrten für dieses Studium hin.

Minister Dr. Falk erkennt die Wichtigkeit des Gegenstandes an, hält es aber für unwahrscheinlich, daß die Frage erst in diesem Augenblick in Anregung gebracht sei, daß schon der nächste Etat die gewünschte Position enthalten werde.

Abg. Windthorst hält es für bedenklich, der Regierung eine Summe zu votiren, bevor dieselbe sich über die Art der Verwendung ausgesprochen habe. Gleichzeitig spricht er den Wunsch aus, bei Aufstellung von Kunstschätzen die allzu große Centralisation zu vermeiden und nicht alle Schätze nach Berlin zu bringen. Man versalle dadurch in den Fehler Frankreichs, wo Alles, was Kunst und Wissenschaft betreffe, in Paris aufgehäuft sei, während die Provinzen absterben.

Minister Camphausen hält eine gewisse Centralisation der Kunstschätze für unentbehrlich. Den Antrag bittet er abzulehnen, da der Zweck desselben durch die Discussion bereits erreicht sei und die Regierung ihre Aufmerksamkeit dem angeregten Punkte zuwenden werde.

Abg. Lasker fragt den Abg. Windthorst, wie er sich die Herstellung eines Museums ohne Centralisirung der Kunstschätze denke. England, das gewiß die Centralisation nicht liebe, liefere durch sein britisches Museum den Beweis, daß eine solche notwendig sei. Vermuthlich habe der Abgeordnete nur seiner Unzufriedenheit über die Ueberhebelung des Silberseimer Silberfundes nach Berlin Ausdruck geben wollen. — Was die Tendenz des Antrages betreffe, so billige er dieselbe vollkommen. Auch durch geringe Summen werde sich viel erreichen lassen, da einzelne Schiffe der Flotte für den angebotenen Zweck nebst Mannschaften zur Disposition gestellt und durch die Mitwirkung intelligenter Generalstab- und Marine-Offiziere die Unternehmungen wesentlich unterstützt würden. Die Frage, ob man für den gedachten Zweck nicht zuerst das Reich heranziehen solle, sei zu verneinen; so lange das Reich nicht selbst die Ehre für sich in Anspruch nehme, möge Preußen den übrigen Staaten aus eigener Initiative mit gutem Beispiele vorangehen.

Graf Sturum zieht hierauf seinen Antrag zurück.

Ein von den Commissarien des Hauses zu Titel 33 gestellter Antrag auf Abhebung von 9000 Thlr. für die anderweitige Organisation des Schulwesens in der Provinz Hannover, bis diese Organisation auf gesetzlichem Wege geregelt sei, wird unter Zustimmung des Kultusministers ohne Debatte angenommen.

Bei Titel 39, Regierungs-Medicinalräthe, spricht Abg. Schlager den Wunsch nach einer Gleichstellung der hannoverschen Medicinalräthe mit den betreffenden Beamten der alten Provinzen aus.

Regierungs-Commissar Dr. Knerl hofft, dem Hause im nächsten Jahre eine vollständig gefällige Regulirung dieser Verhältnisse unterbreiten zu können.

Zu Titel 42 beantragen die Commissarien des Hauses, die Regierung aufzufordern, den Kreis-Medicinal-Beamten eine Gehaltsverbesserung, entsprechend der für alle übrigen Staatsbeamten beantragten, vom Jahre 1872 zukommen zu lassen und demgemäß dem Abgeordnetenhaus eine Vorlage zu machen.

Abg. Löwe befürwortet den Antrag und bittet, denselben der Budget-Commission zu überweisen.

Reg.-Commissar Dr. Knerl erklärt, daß man mit einer erheblichen Gehaltsverbesserung der Kreis-Medicinal-Beamten nur deshalb nicht in diesem Jahre vorgegangen sei, weil man vorher die Medicinal-Reform und die Kreisordnung zum Abschluß gebracht zu sehen wünschte, auf Grund deren erst der Umfang der Gehaltsjener Beamten zu übersehen sei.

Abg. Wichow weist auf die Gehaltsfrage der Kreis-Physiker und Kreis-Wundärzte hin, die schon mit einer geringen Summe im Verhältniß zur jetzigen Höhe erheblich verbessert werden könnten.

Der Antrag der Commissarien wird hierauf der Budget-Commission überwiesen.

Ein Antrag der Commissarien auf Streichung des allgemeinen Dispositionsfonds zu unvorhergesehenen Ausgaben in Höhe von 25,000 Thlr. wird von den Antragstellern mit Rücksicht auf den Ministerwechsel zurückgezogen, da — wie der Abg. Wichow dem Hause mittheilt — der gegenwärtige Kultusminister die von seinem Amtsvorgänger bestrittene Verpflichtung einer Rechenschaftslegung über die Verwendung dieses Fonds anerkannt habe.

Bei dem Etat der einmaligen und außerordentlichen Ausgaben beantragen die Commissarien zu Pos. 8 die Regierung aufzufordern, dafür Sorge zu tragen, daß im Gebäude der Universität Berlin eine genügende Zahl angemessener Räumlichkeiten für Auditorien eingerichtet und für die außerhalb des Universitäts-Gebäudes neu zu errichtenden akademischen Lehrinstitute, insbesondere für die naturwissenschaftlichen Laboratorien und Sammlungen ein zusammenhängender Plan aufgestellt werde, um der räumlichen Zersplitterung des Unterrichtes vorzubeugen.

Abg. Wichow weist zur Begründung des Antrages auf die Unzulänglichkeit der jetzigen Auditorien im Universitätsgebäude hin, welcher nur dadurch abgeholfen werden könne, daß man die sämtlichen, sehr bedeutenden Staatsammlungen in einem anderen Gebäude unterbringe. Der Raum für Errichtung eines solchen Gebäudes könne leicht beschafft werden, wenn man die Garde-Artillerie-Kaserne verlege, oder die Räumlichkeiten der mitten in der Stadt belegenen Artillerie-Werkstätte benutze.

Regierungs-Commissar Dr. Knerl erkennt den Mangel angemessener Auditorien und die Nothwendigkeit einer Verlegung der naturwissenschaftlichen Sammlungen an. Die Regierung habe sich auch bereits nach einem Bauplan für ein naturwissenschaftliches Museum in der Nähe der Universität umgesehen und dabei die vom Vorredner erwähnten Grundstücke ins Auge gefaßt; die Verhandlungen darüber hätten indeß bisher zu keinem Resultat geführt. Trotzdem hoffe man, in nächster Zeit ein geeignetes Terrain für den erwähnten Zweck, sowie namentlich auch für ein physikalisches Cabinet zu gewinnen.

Der Antrag der Commissarien wird mit großer Majorität angenommen. Zu Pos. 11 macht Abg. v. Kardorff auf die Nothwendigkeit einer Mehrbewilligung für die Sternwarte aufmerksam, die Instrumente derselben bedürften einer wesentlichen Vermehrung und Verbesserung. Gleich-

zeitig will er die Aufmerksamkeit der Regierung auf das wichtige Project lenken, in der Nähe von Berlin eine spectroscopische Sternwarte anzulegen. Abg. Wichow schließt sich diesen Wünschen an, denen er noch den auf Vermehrung des Personals der Sternwarte hinzusetzt.

Abg. Mangold hebt die Nothwendigkeit des Baues eines Collegienhauses für die Universität Marburg hervor. Dasselbe habe in der letzten Zeit einen erfreulichen Aufschwung gewonnen, dessen weiterer Fortgang das Bedürfnis nach geeigneten Collegienräumen täglich fühlbarer mache. Gegenwärtig seien die Auditorien in 4 Häuser vertheilt, von denen der eine Theil die Kritik herausfordere, der andere unter aller Kritik sei. Gerade die Mischung der großen und kleinen Universitäten habe sich für die Entwicklung der deutschen Wissenschaft vom besten Einflusse gezeigt; man möge also nicht durch den Mangel äußerer Ausstattung die Blüthe einer der wichtigsten Hochschulen in Frage stellen.

Reg.-Commissar Knerl erwidert, daß bereits Anträge über die Wahl eines Bauplatzes für ein Collegienhaus eingebracht und vorgelegt seien. Die Entscheidung werde in Kurzem erfolgen, worauf sofort mit Aufstellung der Kostenanschläge vorgegangen werden solle, die man schon im nächsten Etat dem Hause vorlegen zu können hoffe.

Zu der Position „Siegesdenkmal in Berlin“ nimmt Abg. Brühl das Wort, um zu erklären, daß er als Hannoveraner die gesforderten Mittel nicht bewilligen könne, da nach einer Cabinetsordre das Denkmal auch den Zweck habe, die Siege des Jahres 1866 zu verherrlichen. Er könne in jenen Kämpfen und der daraus folgenden Annerion nur einen rechtmäßigen, unheilvollen und leider noch immer ungeführten Gewaltact erblicken. (Der Präsident erhebt den Redner, sich zu erinnern, daß er eine solche Kritik an eine vom Hause beschlossene Maßregel nicht zu legen berechtigt sei.) Hannover habe in Folge jener Ereignisse die Enthronung seines angefallenen Fürstenthums, die Unterdrückung seines Landesrechts und den Verlust seiner Selbstständigkeit zu beklagen; es werde also Niemand dem hannoverschen Volke zumuthen können, zu den Kosten für die Verherrlichung jener Ereignisse beizutragen. Im vorigen Jahre habe er mit Rücksicht auf die kriegerischen Verwickelungen mit dem Auslande sich stillschweigend der Abstimmung enthalten; heute glaube er dieser Stimmung seiner Wähler Ausdruck geben zu müssen.

Abg. Lasker erwidert dem Vorredner, daß man innerhalb des Abgeordnetenhauses jeden Ausdruck des Jubels über die bellagenswerthen Kämpfe des Jahres 1866 stets vermeiden habe. Man betrachte dieselben als eine aus der geschichtlichen Entwicklung Deutschlands mit Nothwendigkeit sich ergebende Sünde, die man in jeder Weise zu sühnen gesucht, und über die man den Schleier des Vergessens zu ziehen gesucht. Der Kampf des Jahres 1870 habe erst den richtigen Abschluß und das richtige Verständniß für jene vorangegangenen Ereignisse gebracht und in dieser Erkenntniß habe das hannoversche Volk auch in seiner großen Mehrheit Abgeordnete in das Haus gesandt, die jene Anschauungen des Vorredners von sich weisen. Derselbe habe also nicht das Recht, in der Weise, wie er gethan, Namens des hannoverschen Volkes zu sprechen.

Abg. Brühl bemerkt, daß er nicht im Namen des hannoverschen Volkes, wohl aber im Namen vieler Hunderttausender seiner Landsleute gesprochen habe.

Die Position wird hierauf fast einstimmig genehmigt, und der Rest des Etats ohne weitere Debatte erledigt.

Nächste Sitzung Montag 11 Uhr. (Interpellation Mohr, Petitionen, Wahlprüfungen.)

6. Sitzung des Herrenhauses. (1. Februar.)

1 Uhr. Am Ministertische: Mehrere Regierungs-Commissarien, später Graf Geylenpütz und Graf v. Eulenburg.

Der Präsident eröffnet die Sitzung mit geschäftlichen Mittheilungen. Der Bürgermeister Selke aus Elbing ist in das Haus eingetreten. Das Gesetz, betreffend den Zusatz zu Art. 78 der Verfassung ist vom Abgeordnetenhaus eingegangen.

Auf der Tagesordnung steht der Bericht der Justiz-Commission über den Gesekentwurf, betreffend die Aufhebung der in der Provinz Hannover bestehenden Vorkaufs-, Näher- und Retractrechte.

Eine Generaldiscussion findet nicht statt. Referent v. Bernuth behält sich seine Bemerkungen für die Specialdebatte vor, in welcher § 1 ohne Debatte angenommen wird.

Zwischen den beiden Paragraphen der Regierungsvorlage, von denen der erste die Aufhebung der Vorkaufs- u. s. w. Rechte bestimmt, während der zweite die Fälle der Aufrechterhaltung jener Rechte normirt, hat die Commission folgenden neuen § 2 eingebracht:

„Hat sich das Ereigniß, worauf sich die Ausübung des Vorkaufs-, Näher- oder Retractrechts gründet, vor dem Intraffretten dieses Gesetzes zugetragen, so darf das Recht nur bis zum 1. Januar 1878 im Wege der Klage geltend gemacht werden, sofern dasselbe nicht nach dem bestehenden Rechte bereits früher erloschen ist.“

Statt dieser Fassung beantragt Dr. Meyer (Celle) folgende Formulirung des Paragraphen:

„Bis zum 1. Januar 1873 muß die Anfechtung der Veräußerung eines Immobile auf Grund des Rechts der Erblosung (retractus ex jure gentilitio) geltend gemacht werden, sofern die Klage nicht nach dem bestehenden Rechte an eine kürzere Frist gebunden ist.“

Eventuell beantragt derselbe, in dem § 2 statt des 1. Januar 1873 den 1. Januar 1875 zu setzen.

Der Antragsteller motivirt seine Amendements mit der Nothwendigkeit einer kurzen Klageverjährung für diese Rechte, durch deren Geltendmachung der Auktions eines Grundstücks zum Verkaufspreise zu einer Zeit verlangt werden könne, in welcher der Werth des Grundstücks ums Doppelte und Dreifache gestiegen sei.

Malmros beantragt, im § 2 die Worte: „Im Wege der Klage“ zu streichen.

Gh. Justizrath Droop bittet das Haus um Ablehnung des von der Commission proponirten § 2 und aller dazu gestellten Amendements. Das Gesetz solle rückwirkende Kraft haben, sich auch auf die bereits begründeten Berechtigungen erstrecken, so daß vom Tage der Gesetzeskraft an alle derartigen schon erworbenen Berechtigungen, weil dem Gemeinwohl schädlich, aufgehoben, und zwar unentgeltlich aufgehoben sein sollten.

Malmros (App.-Ger.-Vize-Präsident) tritt der Ansicht der Justizcommission bei. Es handele sich um wohl erworbene Rechte, die auch nach Publication des Gesetzes geschützt werden müßten. Redner empfiehlt ferner sein Amendement von mehr untergeordneter Bedeutung.

Graf zur Lippe erklärt sich für das eventuelle Amendement Meyer und bekämpft den Antrag Malmros.

Referent v. Bernuth bemerkt, daß er sich nur ungern entschließt, den neuen § 2 zu verteidigen, da er in der Justizcommission selbst denselben bekämpft habe. Er glaubt, daß die Commission wohl mit dem eventuellen Amendement Meyer, aber nicht mit dem principalen Antrage, der wohl erworbene Rechte nur theilweise schützen wolle, sich einverstanden erklären könne.

§ 2 wird mit dem eventuellen Amendement Meyer und dem weiter modificirten Amendement Malmros, wodurch die Worte „im Wege der Klage“ durch „gerichtlich“ ersetzt werden, angenommen.

§ 3 und das ganze Gesetz wird mit großer Majorität angenommen. Der Bericht der Justizcommission über die Denkschrift, betreffend die Belagerungszustandsklärung der Stadt Königsbütte im Kreise Preußen giebt v. Kleist-Regow Gelegenheit, seine Ansicht über die sociale Frage zu äußern. Auf der einen Seite stehe das Capital, dem es, weil es eben kein Herz habe, nicht gelingen sei, jene Sympathien der Arbeiter zu erwerben, welche früher der Meister oder der Grundherr durch seine Persönlichkeit zu gewinnen mußten. Auf der anderen Seite die große Masse der habichtigen Arbeiter, welche die Coalitionsfreiheit in beiderseitiger Weise mißbrauche. Redner empfiehlt deshalb die Errichtung von „Arbeitsämtern“ aus Vertrauensmännern der Kreistage oder der Provinzialvertretung hervorgegangen, welche zwischen Arbeitern und Arbeitgebern vermitteln sollen.

Die von der Regierung gegebene Rechenschaft wird mit großer Majorität für genügend erklärt.

Referent v. Kleist-Regow befürwortet die Annahme des Gesetzes betreffend die Erweiterung der Provinzialverbände der Provinz Sachsen und der Rheinprovinz. (Es handelt sich um die Enklave Kaulsdorf und den Kreis Meisenheim.) Die Vorlage wird ohne Discussion angenommen.

Referent Hobrecht berichtet Namens der Finanzcommission über den Gesekentwurf betreffend die Ueberweisung einer Summe von jährlich 142,000 Thlrn. und eines Capitals von 46,380 Thlrn. an den kommunalständischen Verband des Regierungsbezirks Wiesbaden.

Derselbe führt aus: Von einer Seite wurde in der Commission die Zweckmäßigkeit und Gerechtigkeit der ganzen Gesetzesvorlage angefochten. Es wurde bestritten, daß für den vorliegenden Fall dieselben Gründe zur Geltung kämen, welche bei den ähnlichen Auseinandersetzungen bezüglich der Provinz Hannover, des kommunalständischen Verbandes von Hesse-Rassel und der Stadt Frankfurt a. M. maßgebend waren. Bei dem Communal-

Verbande Hesse-Rassel habe es sich namentlich um einen Fonds gehandelt, dessen besondere Geschichte in der That die Verwendung im Sonder-Interesse jenes Landestheiles rechtfertige. In allen genannten Fällen aber sei der Kreis der der Selbstverwaltung überwiesenen Aufgaben auch ein größerer gewesen, so daß mit den bezüglichen Gelbbewilligungen auch eine wirkliche Entlastung des Staates erreicht worden. Wie aber könne von einer Selbstverwaltung die Rede sein, wenn bei dem Hauptgegenstande der gegenwärtigen Regelung, dem Straßenbau, sowohl die technische Leitung aller Bauten, als die Unterhaltung der fertigen Chaussees dem Staate verbleibe. Auch bei dem zur Unterstützung des Gemeinde-Wegebauwesens bestimmten Betrage verzichte der Staat ohne jedes Aequivalent auf das Dispositionsrecht über seine eigenen Mittel. Was die Fürsorge für die Irren und Taubstummen betreffe, so liege diese gesetzlich den betreffenden Armenverbänden ob, eine rechtliche Verpflichtung des Staates zur Fortgewähr der den beiden Anstalten zu Eichberg und Camberg bisher bewilligten Zuschüsse sei mindestens zweifelhaft, eine Veranlassung, über diese bisherigen Zuschüsse noch hinauszugehen, liege überall nicht vor. Haben daher schon die den anderen oben erwähnten Landestheilen bewilligten Zuwendungen dem Principe einer gleichmäßigen Fürsorge für alle Theile der Monarchie wenig entprochen, so enthalte die jetzige Vorlage in ihrer Hauptbestimmung eine ganz unbegründete und daher nicht zu billigende Bevorzugung.

Dem gegenüber erklärte sich die Mehrheit der Commission mit der Vorlage aus den von der Staatsregierung angegebenen, auch in den Verhandlungen des anderen Hauses anerkannten Motiven einverstanden. Es wurde besonders hervorgehoben, daß die gegenwärtige Vorlage mit den Vorgängen in Hannover, dem Regierungsbezirk Rassel u. s. w. in dem Hauptgrunde übereinstimme, die mit der preussischen Monarchie neu verbundenen Landestheile so zu stellen, daß sie in ihrem Verhältniß zum Staat keine finanzielle Benachtheiligung gegen ihren bisherigen Zustand erführen. Thatsächlich und dem bisher bestandenen rechtlichen Verhältniß entsprechend, hätten die zum kommunalständischen Verbande des Regierungsbezirks Wiesbaden vereinigten Gebietstheile die oben angegebenen Zuwendungen beziehungsweise Zuschüsse aus Staatsmitteln empfangen. Auch die Häuser des Landtages der preussischen Monarchie hätten bei Genehmigung des Staatshaushaltsplans die Fortdauer dieser Zuwendungen als begründet anerkannt, und es wäre an und für sich ebenso wohl, als im Vergleiche mit den Vorgängen in Hannover u. s. ungerechtfertigt, diesen Zustand zum Nachtheile des Communalverbandes Wiesbaden abzuändern. Allerdings sei von der Organisation einer wirklichen Selbstverwaltung, wenigstens beim Straßenbau, hier nicht die Rede; immerhin sei ein erster Schritt in der Richtung zur Selbstverwaltung auch auf diesem Gebiete geschehen. Es sei an der Wichtigkeit der Angabe der Staatsregierung, daß nur der zur Zeit noch bestehende Mangel geeigneter technischer Kräfte bei der kommunalständischen Verwaltung einer weiteren Ausdehnung der an dieselbe zu übertragenden Befugnisse und Verpflichtungen entgegenstehe, nicht zu zweifeln. Bei der Verwaltung des Irren- und Taubstummenwesens trete sofort die volle Selbstverwaltung ein. Redner empfiehlt daher die Annahme der Vorlage.

v. Kleist-Regow befürwortet seine zur Vorlage gestellten Amendements: An Stelle des letzten Alincas des § 1:

Vorbehalten bleibt, im Wege der Gesetzgebung die technische Bauleitung sowie die Unterhaltung der auf Grund dieses Gesetzes neu zu erbauenden Chaussees unter Regulirung der Kostenlast dem kommunalständischen Verbande zu übertragen, zu setzen.

Die Unterhaltung der aus diesem Fonds neu zu erbauenden Chaussees liegt dem kommunalständischen Verbande ob.

Ferner nach § 2 einen neuen Paragraphen einzufügen:

Verwendungen der dem kommunalständischen Verbande nach § 1 überwiesenen Summe zu andern als den bezeichneten Zwecken, werden im Wege der Gesetzgebung bestimmt.

Gh. Rath Feltius bekämpft die Amendements, welche aus der unbegründeten Besorgniß hervorgegangen seien, daß der Staat übermäßige Verpflichtungen ohne hinreichende Befugnisse zu übernehmen bereit sei. Auch würde durch Annahme der Amendements das mit den Wiesbadener Communalständen getroffene Abkommen so bedeutlich modificirt werden, daß die Regierung Bedenken tragen müßte, das so amendirte Gesetz zu promulgiren.

v. Senft-Pilsach findet zwar bedauerlich, daß die alten Provinzen stets vernachlässigt würden, während man die neuen mit Bevorzugungen aller Art überhäufte. Gerade aber bei Nassau treffe letzteres nicht zu. Die Forderungen der dortigen Stände seien wohl begründet; man möge deshalb die Vorlage unverändert annehmen.

Graf Münster hält die Annahme des Entwurfs einfach für einen Akt der Gerechtigkeit, den man den Nassauern nicht verweigern dürfe, nachdem man ihn Hannover und Hesse nach zu Theil werden lassen.

Der Handelsminister: Wenn man dem Land Nassau die Erhaltung der Chaussees aufbürden wollte, so würde man seinem Landestheile geradezu ein Danaergeschenk machen, da ihm dadurch eine Verpflichtung auferlegt würde, die er bisher nicht gehabt hat. Die Annahme der Amendements kommt einer Verwerfung der Vorlage gleich und ich bitte deshalb jene Anträge abzulehnen.

Nachdem noch Graf Rittberg und v. Thaden die Amendements bekämpft, zieht v. Kleist dieselben zurück, worauf der Entwurf unverändert und ohne Specialdebatte genehmigt wird.

Es folgt der Bericht der Matrikelcommission, den v. Pilsch erstattet, indem er die Veränderungen im Personalbestand des Hauses constatirt. Schluß 4 Uhr. Nächste Sitzung Sonnabend 12 Uhr. (Bankcommanditen in Elbfischthringen, Leinwandlappen, Steuercredite, Petitionen.)

Berlin, 1. Februar. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Haupt-Kassen-Rendanten bei der Eisenbahn-Direktion zu Hannover, Rechnungs-Rath Louis Haspe den Charakter als Geheimer Rechnungs-Rath verliehen und den jetzigen zweiten Bürgermeister Reufcher zu Brandenburg a. H., in Folge der von der dortigen Stadtverordneten-Versammlung getroffenen Wahl, als ersten Bürgermeister der genannten Stadt für die gefällige zwölfjährige Amtsdauer bestätigt.

Berlin, 1. Febr. [Se. Majestät der Kaiser und Königin] nahmen heute militärische Meldungen in Gegenwart des Commandanten, sowie die Monatsrapporte entgegen, empfingen den Flügel-Adjutanten Sr. Hoheit des Herzogs von Altenburg, Lieutenant von Egloffstein, und hörten den Vortrag des Kriegs-Ministers und des Generals von Treckow.

[Ihre Majestät die Kaiserin-Königin] besichtigte gestern den zoologischen Garten.

[Ihre Majestät die verwitwete Königin] empfing gestern im Schlosse zu Charlottenburg den Besuch mehrerer Mitglieder der königlichen Familie und hier eingetroffener kaiserlicher Personen, ertheilte Audienz und machte Nachmittags eine Spaziersfahrt. Zum Diner sowohl, wie zum Souper hatte Ihre Majestät in den letzten Tagen mehrfach Einladungen ergehen lassen.

[Se. Kaiserliche und königliche Hoheit der Kronprinzen] begab sich gestern Vormittag um 10 Uhr mit Sr. königlichen Hoheit dem Prinzen Arthur von Großbritannien zu Wagen nach Spandau zur Besichtigung der dortigen militärisch-technischen Etablissements. Die Rückkehr erfolgte Nachmittags 3½ Uhr mittelst Eisenbahn. Abends ½ 8 Uhr fand bei Ihren Kaiserlichen und königlichen Hoheiten ein Diner von 24 Gedecken statt. Um 10½ Uhr erschien Se. Kaiserliche und königliche Hoheit mit dem Prinzen Arthur königliche Hoheit in der Soirée beim Minister des königlichen Hauses, Freiherrn von Schleinitz, und verweilte daselbst bis nach Mitternacht. (Reichsanz.)

Bonn, 30. Januar. [Zum Begräbniß der Schwester von Cassaulr.] Soeben um 3 Uhr wurde die ehemalige Oberin, Schwester Augustine, seither in Ballenar, wo sie verstarb, ohne Sang und Klang, und ohne Priester im Ornat, in Weisenthurm bei Neuwied neben ihrem Vater beerdigt. Das Ordenskleid ward ihr, als sie kaum verschied, auf Befehl von Nancy abgenommen. Das der Lohn für 36 Jahre Dienst in demselben! Bergrath v. H. hier, ihr nächster Verwandter, suchte die Beerdigung zu verheimlichen und erklärte, sobald ein altkatholischer Geistlicher im Ornat komme, kehre er um. (B. Z.)

Braunschweig, 31. Januar. [Herr v. Dedekind.] So eben kommt von Wolfenbüttel die Nachricht, daß der dortige Staatsanwalt eine neue Anklage gegen den Dr. jur. Dedekind erhoben habe. Der letztere war, wie den Lesern Ihres Blattes vielleicht schon bekannt sein wird, wegen eines im Juli 1870 nach Hiezing abgesandten Telegramm

mes, in welchem die Staatsanwaltschaft eine Beleidigung des Kaisers Wilhelm zu finden glaubte, bereits zu mehrmonatlicher Festungsstrafe verurtheilt. Die ihm hiedurch gezogene Miße wußte er nicht besser als zur Abfassung einer Broschüre zu verwenden, in welcher er nicht nur die über ihn ergangenen Erkenntnisse seiner Kritik unterzog, sondern auch die von ihm bei verschiedenen Gerichtssitzungen gehaltenen Reden mittheilte und zu allem Ueberflusse noch mit geistreichen Glossen versah. Da der humane Gefängnisinspector, als ihm das Manuscript in der ursprünglichen Form vorgelegt wurde, gegen den Arrestanten für den Fall, daß der Druck das unveränderte Scriptum verweigerte, die sichere Hoffnung auf baldiges Wiedersehen aussprach, so wurde das Ding noch einmal einer Revision unterworfen und schlecht geschrieben, wie es ist, in die Welt gesandt. Leider muß es der Revision an Genauigkeit gefehlt haben; denn es ist mehrfach ein Passus stehen geblieben, welcher dem Beamten in Hannover, durch den das Telegramm angehalten wurde, den Vorwurf des Meineides macht. Hierauf soll sich die Anklage richten. So widerwärtig dergleichen Verfolgungen auf Majestätsbeleidigung u. a. oft erscheinen, so sehr sie, meist den Zweck verfehrend, nur dem Verlangen des Angeklagten nach der Märtyrerglorie entgegenkommen, so wenig ist die doch bei dieser Gelegenheit auch wieder hervorgetretene Stärke weltlicher Sympathien und Empfindungen zu unterschätzen. Für sich bedeuten dieselben wenig, aber sie bieten einen Crystallisationskern dar, an welchen gleiches Mißvergnügen ansetzt, und was das Gefährlichste ist, sie fließen mit der katholischen und orthodox-protestantischen Agitation zusammen. Als der Krieg gegen Frankreich ausbrach, ist uns oft aus den katholischen Dörfern an der Grenze Hannovers berichtet, daß die Bevölkerung dort mit Freuden dem Einrücken der Franzosen entgegengehe. Wenn Oswald mit seinen früheren Todfeinden, den Papisten, sich zum Protest gegen das Schulgesetz vereinigt, so ist das doch ein Symptom, das immerhin einige Aufmerksamkeit verdient. Was übrigens die Defekind'schen Prozesse anlangt, so haben sie immer mehr Stoff zur Heiterkeit als zu ernsten Betrachtungen geliefert. Und mit dem bevorstehenden wird es nicht anders sein. (Magd. 3.)

Frankreich.

* Paris, 29. Januar. [Zur Verfassungsfrage.] Der „Courrier de France“ berichtet: „Neue Schritte sollen vorigen Mittwoch in Voraussicht einer möglichen Coeventualität beim Marschall Mac Mahon gethan worden sein, er soll aber darauf bestehen, die Stelle des Herrn Ehlers nur dann einzunehmen, wenn dieser sich freiwillig zurückziehen oder sterben sollte, denn dann würden die Ehre und die Interessen Frankreichs es ihm zur Pflicht machen, sich der Versammlung zur Verfügung zu stellen. Die hervorragendsten Mitglieder der Mehrheit haben die Initiative zu diesem Schritte ergriffen und wünschen, daß der Marschall nur den Titel eines Generalleutenants der Regierung annehme, um jede Verpflichtung für eine bestimmte Regierungsform zu vermeiden.“

[Die fähne Erfindung einer anglo-franco-russischen Allianz gegen das deutsche Reich.] die aus dem Lemberger „Kraj“ die Kunde durch die Presse Europas gemacht hat, rührt her von einem ehemaligen päpstlichen Kammerherrn, Kraszinski, der diesen umfassenden Plan der Gesellschaft Jesu unterschreibt. Nun ist aber, schreibt man der „K. Z.“, der Entdecker dieser angeblichen Staatsverschwörung der Jesuiten in der größeren politischen Welt als ein „Abenteurer siebenter Klasse“ seit langem nicht zum Besten beleumundet, und alle, welche mit italienischen oder besser römischen Dingen näher zu thun hatten, wissen zu gut, was seine Auslassungen werth sind. Von diesem englisch-russisch-französischen Bündnisse hat das deutsche Reich so bald noch nichts zu besorgen.

[Rußland und der Vatican.] Man hat neuerdings constatiren wollen, daß eine Annäherung zwischen dem Cabinet von St. Petersburg und dem Vatican stattgefunden habe. Der Empfang, welcher dem Großfürsten Michael in Rom durch den Papst geworden, wird als ein sehr bedeutames Symptom bezeichnet. Indessen scheint die russische Diplomatie selbst auf diese Hoffnungs-Begründung, die den Bräuten entspricht, kein allzu großes Gewicht zu legen. Jedenfalls sagen gute Petersburger Privatnachrichten, daß an eine Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehung zwischen der Regierung des Caren und der des Papstes so bald noch nicht zu denken ist. Rußland, meinen diese Gewährsmänner, fand zu sehr seine Rechnung bei dem gegenwärtigen Stande der Dinge, als daß es selbst die Hand dazu bieten sollte, seine so vortheilhafte Stellung zu verändern. Dazu kommt, daß es noch sehr der Befähigung bedarf, was man neulich in vielen Zeitungen lesen konnte, der Papst habe dem polnischen Clerus den Gebrauch der russischen Sprache dringend zur Pflicht gemacht — im Gegentheil ist thatsächlich noch nichts vorhanden, was auf ein so directes Entgegenkommen der Curie zu schließen gestattete.

[Der württembergische Geschäftsträger.] — Graf Arnim. — Die Zustände im Süden. — Die Kriegsgefangenen in Deutschland.] Es scheint nunmehr festzustehen, daß die württembergische Regierung definitiv darauf verzichtete, in Paris einen eigenen Geschäftsträger beglaubigen zu lassen. In Berlin soll bereits eine officiell beruhigende Erklärung in dieser Richtung abgegeben worden sein, welche, auf das württembergische Budget hinweisend, dargethan hätte, daß, was auch immer für Versuche an Württemberg herangetreten wären, dasselbe doch den Consequenzen des Reichs- und Bundesverhältnisses unwandelbar treu geblieben sei. So ist denn auch diese Angelegenheit zu allerletzt zufriedenstellend erledigt. — Verschiedene hiesige Blätter erwähnten neuerdings, Graf Arnim werde im Laufe dieser Woche sich nach Rom begeben. Das ist nicht ganz genau. Man hat allerdings bestimmt, daß der hiesige deutsche Botschafter seine Abberufungsschreiben beim heiligen Stuhle in Person überbringen solle, um so den ultramontanen Bemängelungen der Form jeden Grund zu nehmen; aber bei der Lage der Dinge in Paris wird diese Reise schwerlich anders eintreten können, als wenn eine vergleichsweise Ruhe die Abwesenheit des Botschafters von seinem Posten gestattet. Morgen wird nun Graf Weddell aus Rom erwartet, um an Stelle des Fürsten Lynar in Zukunft als erster Secretär der Botschaft zu fungiren. Auf diese Weise dürfte die Anwesenheit des Botschafters noch für mindestens vierzehn Tage benützt sein, bis er seinen ersten Secretair in die Geschäfte und Verhältnisse hinreichend eingeführt hat. Selbst dann aber wird die Abreise noch immer von der politischen Constellation abhängig sein. Nun verpricht aber die Budget-Debatte noch harte Kämpfe. Das Project der Wahl eines Vice-Präsidenten, so wenig es Herrn Ehlers Wünschen entspricht, ist weit entfernt, völlig befreit zu sein und kann neue Krisen gebären. Die Nachrichten aus dem Süden, wo man (im Bar-Departement) geheime Waffenfabriken entdeckt und Pand-Mitralieusen mit Beschlag belegt hat, und wo man überdies die Gewissheit besitzt, daß allein in Marseille bei der Nationalgarden-Entwaffnung 6000 Gewehre verschwunden sind, scheinen nicht eben ruhige Tage zu versprechen. Rergitz, der Präfect von Marseille, gesteht es selbst ein, daß er auf die dortigen Truppen nicht zählen kann, da sie beim ersten Aufstandsversuche mit den Insurgenten gemeinsame Sache machen würden und so berief er in den dortigen Hafen eine Abtheilung der Panzerflotte, weil die Marine wenigstens noch verlässlich blieb. Alle diese Einzelheiten sind wenig erbaulich. Und nun kommt noch in anderer Rich-

tung die französische National-Subscription hinzu, die allerdings trübselig wäre, wenn nicht in ihrem Gefolge ein ganzes Rudel von Anleihe-Projecten sich breit machte, die doch auch vom deutschen Standpunkte Beachtung verdienen, so wenig auch Deutschland sich darnach seht, seine territoriale Bürgschaft, die es besetzt hält, durch irgend eine finanzielle Bürgschaft ersetzt zu sehen, während die Finanz-Hochstapler sich leider einzubilden pflegen, daß Deutschland nichts heißer wünsche, als ihre bürgenden Wechsel in seine Schatzkammer zu schließen, um die sechs Departements nur schleunigst räumen zu können. Alles das will überdacht, beobachtet verfolgt und geprüft sein, so daß schwer vorausszusehen ist, ob dem Botschafter eine Römersfahrt schon so bald, wie er wohl möchte, gestattet sein wird. Jedenfalls ist Frau Gräfin Arnim ihrem Gemahl schon nach Rom vorausgegangen, wo sie in diesen Tagen eintreffen und ohne Zweifel vom heiligen Vater empfangen werden wird.

Die französische Presse hat neuerdings die Nachricht verbreitet, man habe bereits die Vorarbeiten, die noch in Haft befindlichen Kriegsgefangenen nach Frankreich zurückzuführen zu lassen, wenn man sich verpflichte, dieselben hier in französischen Gefängnissen ihre Haft weiter verbüßen zu lassen. Die Verailleur Regierung habe das Anerbieten jedoch als ihrer Würde nicht entsprechend abgelehnt. Anerbieten und Weigerung sind vollständig erfinden.

[General-Postdirector Stephan] kommt in wenigen Tagen hier an. Die Postverhandlungen rücken nicht vorwärts, da Frankreich sich nicht entschließen mag, von seiner fiscalischen Auffassung des Postregals abzugeben.

[Militärisches.] Der „Avenir militaire“ enthält folgende Mittheilung:

„Wir haben schon mehrfach im Interesse der Schnelligkeit der Truppenconcentrationen auf die Nothwendigkeit hingewiesen, das Landesgebiet in militärische Regionen einzutheilen, denen entsprechend die einzelnen Corps von einander unabhängig sich rekrutiren, verwalten, in ihre Depots, Brigaden und Divisionen eingetheilt werden könnten. In militärischen Kreisen ist es allbekannt, daß das Geheimniß der so raschen Mobilisationen der deutschen Armee in der consequenten Durchführung dieses Systems zu suchen ist. Der Präsident der Republik, selbst ein sehr entschiedener Anhänger der militärischen Regionen, hat die Frage schon vor längerer Zeit an competente Männer zu genauer Prüfung verwiesen. Wir freuen uns, über das aus diesen Verathungen hervorgegangene Project zuerst Näheres mittheilen zu können. Frankreich soll mit Einschluß von Algerien in sechzehn militärische Regionen und dem entsprechend die Armee in sechzehn Armee-corps eingetheilt werden.“ Es folgen darauf die näheren Angaben über diese Einteilung. Das 1. Armee-corps, Hauptquartier Versailles, wird auf dem linken Ufer der Seine die Departements Oise, Seine-et-Oise, den entsprechenden Theil des Seine-Departements und des Departements Eure-et-Loire umfassen, das 2. Armee-corps, Hauptquartier St. Denis, das rechte Ufer der Seine, Seine-et-Oise, Seine-et-Marne und Loiret. Das Hauptquartier des 3. Armee-corps in Amiens, das 4. Chalons-sur-Marne, des 5. Dijon, des 6. Lyon, des 7. Marseille, des 8. Narbonne, des 9. Bordeaux, des 10. Clermont-Ferrand, des 11. Nevers, des 12. Poitiers, des 13. Rennes, des 14. Tours, des 15. Rouen, des 16. Alger.

Provincial-Beitung.

Breslau, 2. Febr. [Vitalität.] In der Zeit vom 1. bis incl. 25. Januar d. J. sind hierorts a. geboren: 307 männliche, 315 weibliche, in Summa 622 Personen, darunter 85 außerehelich geboren; b. gestorben: 401 männliche, 355 weibliche, in Summa 756 Personen. — Unter den 756 verstorbenen Personen starben an Blattern 96 männl., 103 weibl., zu 199 Pers., Scharlach 1 m., 4 w., zu 5, Malaria 5 m., 5 w., zu 10, Typhus 2 m., 1 w., zu 3, Fleck-Typhus 2 w. c. — Unter den 756 verstorbenen Personen befinden sich: a. Todtgeborene: ehehlich 14, außerehelich 4; b. dem Alter nach: unter 1 Jahr ehehlich 167, außerehelich 46, von 1—5 Jahren ehehlich 149, außerehelich 13, von 5—10 Jahren 27, von 10—20 Jahren 20, von 20—30 Jahren 56, von 30—40 Jahren 58, von 40—50 Jahren 61, von 50—60 Jahren 59, von 60—70 Jahren 47, von 70—80 Jahren 28, von 80—90 Jahren 7, von 90—100 Jahren —. Summa 756. (Pol.-Bl.)

X. [Wasser- und Eisstand.] Das Wasser ist einige Zoll gewachsen. Der Eisgang von Oben wurde gestern gegen Abend hier erwartet und ist dasselbe aber bis jetzt noch nicht eingetroffen. Bei Rattow hat sich eine Eisverlesung gebildet, durch die das Wasser in die Ohle gedrängt wird, so daß diese ausgefahren und die umliegenden Ländereien überschwemmt hat. Sollten wir heut starkes Baunetter erhalten und der Strom noch weiter steigen, so wird wohl der Eisgang heut erfolgen.

2. [Eine Schreibung.] — vielleicht hierorts die letzte dieser Art — findet während dieser ganzen Woche in der Realschule zum heiligen Geist seitens des Herrn General-Superintendenten, und zwar nur bezüglich des Religions-Unterrichts statt. In Folge dessen muß täglich, von Klasse zu Klasse, jeder ganze Vormittag, 4 Stunden, mit Religionsunterricht belegt werden. Man sollte meinen, daß dies in den Fortgang des organischen Unterrichts störend eingreifen müßte. Das „Schulaufsichtsgesetz“ dürfte auch hierin eine Wandelung mit sich bringen.

[Zum Stiftungsfeste der „Schlesischen Gesellschaft für vaterländische Cultur.“] Der geehrte Herr Referent in Nr. 50 dieser Zeitung, Freileiten, wünscht, daß die, ebenso vortheilhafte wie durch und durch wahre „Aurede“ des Herrn Geh. Rath v. Görs bei dem Jubiläum des Herrn Geh. Rath Göppert gedruckt sein möge. Dieser Wunsch ist bereits erfüllt: sie ist, ebenso wie die Antwort des Jubilars, der Text des Festschlusses von Geh. Rath Prosch u., abgedruckt in dem ausführlichen Festschrift im Decemberhefte der „Schles. Provinzialblätter“. Der Festvortrag des Herrn Prof. Cohn ist ebenfalls im Druck erschienen. (Breslau, Max Müller), und zwar zum Besten der hiesigen Volksbibliothek. Th. De.

Schlesische Gesellschaft für vaterländische Cultur.

Bericht über die botanische Section im Winter 1871/72. In der Sitzung vom 14. Decbr. hielt Herr Mittelschullehrer Vimprich einen Vortrag über die Moosflora in Oberschlesien, wobei er die von ihm in den Gogoliner Ralkbrüchen, am Annaberg, dem Buchenwald von Garznow u. a. D. gefundenen Laub- und Leber-Moose vorlegte, und das Verhältniß der schlesischen Moose in der Ebene und im Gebirge zur deutschen Moosflora entwickelte. Der Secretär Prof. Cohn legte vor: Equisetum Telmateja in Siebenbürgen bei Brichorn von Herrn Lehrer Leisner aus Waldenburg seit 1857 beobachtet; Polycarpon tetraphyllum von Lehrer Gerhardt in Siegersdorf bei Liegnitz gefunden; ferner monstrosie Blüten von Prunus Cerasus aus dem Waisenhausgarten von Oben, aus denen sich 2—5 Rispen auf einem Stiel entwickeln; die Blüten unterscheiden sich von den normalen nur dadurch, daß im Kelchboden nicht ein, sondern mehrere vollkommen ausgebildete Pistille sich finden, die sich zu Steinfrüchten entwickeln, so daß diese Blüten die Gattungscharaktere von Prunus und Rubus gewissermaßen vermissen. Ähnliche Entwicklung haben auch die auf einem Stiel beobachteten Doppelstamen und -Pistillen.

Ferner legte derselbe ein großes Herbarium höchst interessanter pflanzlicher Mißbildungen vor, welche von Herrn Lehrer Zimmermann in Striegau gesammelt und eingeleitet worden sind.

Herr Dr. Schneider forderte die Section auf, wie üblich, an dem Stiftungsfest der entomologischen Section Theil zu nehmen, und ist dasselbe in gewohnter Heiterkeit am 30. December gefeiert worden.

Nachdem schließlich der Secretär statistische Mittheilungen über den Besuch der botanischen Section seit dem Jahre 1850 gegeben, wird derselbe für die nächste Staatszeit 1872—74 wiedergewählt.

In der Sitzung vom 18. Januar referirte Herr Prof. Roerber über eine neue Abhandlung des Dr. Max Rees, worin dieser nach Ausfall der Sporen von Collema glaucosens auf Nostoc lichenoides, das Einbringen der Keimsäden in die Nostocgallert zwischen den Zellwänden und demnach die Umwandlung dieser Alge in Collema beschreibt, und so durch das Experiment die Bestätigung der Schwendener'schen Ansicht, daß die Lichenen nur Pilze, welche im Thallus von Algen (Smarogden, ferner, gegeben zu haben glaubt. Dieser Auffassung gegenüber hält der Vortragende mit aller Entschiedenheit an der Natur der Lichenen als selbstständige Pflanzen fest.

Prof. Cohn hält ebenfalls die Schwendener'sche Ansicht für die heterotrophischen Flechten als unzulässig, da deren typische Selbstständigkeit nach ihrem ganzen morphologischen, physiologischen und geographischen Verhalten kaum zu bezweifeln, auch Algen, aus denen Usneen, Cladonien u. herb. hervorbringen können, nicht bekannt sind. Für die Collemaeae dagegen fallen die von de Bary und Rees hervorgehobenen Thatfachen wohl ins Gewicht. Der Vortragende hat selbst beobachtet, wie in gallertartigem Substrat sich parasitische Mycelien so constant entwickeln, daß sie bei oberflächlicher Beobachtung als zusammengehörig erscheinen; so fand derselbe die sogenannte

Sternschnuppengallert fast immer von einem Hyphomycet durchwachsen und Ehrenberg und Meyen haben in der That hier Gallertpilze eigener Art (Tremella und Actinomyces) zu finden geglaubt, obwohl es sich nur um aufgequollene Froscheileiter mit parasitischem Penicillium- und Mucor mycel handelt; eben so sind die Gallertalgen (Galmella Gloecapsa u. a.) regelmäßig von Myceladen durchwachsen, in denen man früher spezifische Charaktere erblickte (Palmogloea, Trichodictyon); die in Frägen bis zu 100 Facher unter der Oberfläche lebenden, meist farblosen Gallertalgen (Palmella) sind ebenfalls von Fadenpilzen so regelmäßig durchwachsen, daß man daraus eine besondere Gattung Erebionema Roemer gemacht hat.

Hierauf gab Herr Prof. Roerber als Probe für die in Aussicht genommene schlesische Kryptogamenflora eine von ihm abgefaßte Bearbeitung der Flechtengattung Lecidella, und besprach die von ihm benutzten Kennzeichen.

Herr Geheimrath Goepfert machte Mittheilung über die Vermachung der Bäume beim Propfen und legte einen außerordentlich instructiven Längsschnitt eines großen Stammes von Acer striatum auf Acer platanoides vor; derselbe erwähnte, daß anscheinend die nämliche Nectria, welche vor einigen Jahren nach der Unterführung des Stabsarzt Dr. Schroeter einen großen Pandanusstamm im botanischen Garten getödtet, nunmehr auch an Carica hastifolia aufgetreten ist, welche ebenfalls im Absterben begriffen ist.

Prof. Cohn legt vor das zehnte General-Dublettenverzeichnis des schlesischen botanischen Vereins von ungewöhnlicher Reichhaltigkeit, sowie einen Aufsatz von H. Hartig über die Verwendung des Hypnum tamariacinum zur Anterhaltung künstlicher Blumen, von welchem unter dem Namen Pariser Moos alljährlich allein in Berlin für 20,000 Thlr. aus Frankreich bezogen worden sei, während dasselbe bei uns überall in Wäldern zu haben sei.

Derselbe legte die Abbildung eines von ihm beobachteten Doppelstamens auf einfachem Stiel vor, welcher, wie die vollkommen gesonderten Kelche und Fruchtgehäuse beweisen, aus der Entwidlung zweier Blüten auf einem Blütenstiel hervorgegangen sei, und forderte zur Beobachtung solcher Doppelblüten auf.

Schließlich berichtete derselbe über eine Mittheilung des Herrn Apotheker Westphal in Gnadensfeld bei Cosel, daß in der Nacht vom 5.—6. Januar dasselbe die Gegend weit und breit mit seinem Staub bedeckt, und am 6. früh die Luft derartig mit seinem Staub erfüllt war, daß man um 9 Uhr bei Lampenlicht arbeiten konnte. Eine Probe des eingeleiteten röthlich-grauen, äußerst feinen Staubes stimmte ganz mit den schon früher mehrfach in Schlesien beobachteten sogenannten Meteor- oder Passatstaubmassen überein, welche immer nur bei plötzlichem Uebergang der polaren in die äquatoriale Luftströmung und begleitendem Süd- oder Südweststurm auftreten und oft ganze Länder mit Staub beschütten. Sollte die Erscheinung noch anderweitig beobachtet sein, so würde eine Mittheilung darüber dem Unterzeichneten sehr erwünscht sein.

Ferdinand Cohn, Secr. d. bot. Sect.

H. Breslau, 1. Februar. [Festlozzi-Verein.] Auf der Tagesordnung der vorgestern Abend unter sehr zahlreicher Theilnahme der Mitglieder abgehaltenen Generalversammlung stand zunächst der Jahresbericht für das Vereinsjahr 1871/72, erstattet vom Schriftführer, Hauptlehrer Heinrich. Nach demselben zählte der Verein am Schlusse des abgelaufenen Geschäftsjahres 214 Mitglieder, und zwar 1 Lehrer, 15 Schüler, 62 katholische und 136 evangelische Lehrer. 5 Mitglieder traten aus (1 derselben, Lehrer Linke I., durch den Tod), neu eingetreten sind 36. 8 Mitglieder haben ihre Beiträge erhöht. Der Betrag der nicht fest normirten jährlichen Beiträge variirt zwischen 5 Sgr. und 4 Thlr. — Die Gesamt-Einnahme des Vereins betrug 231 Thlr. 20 Sgr. 10 Pf., darunter an Mitgliedsbeiträgen 92 Thlr. 16 Sgr. 3 Pf., an Zuschuß aus der Kasse des Provinzialvereins 136 Thlr. 7 Sgr. 6 Pf. Als Beitrag zu dieser Kasse wurden 47 Thlr. 22 Sgr. 6 Pf. berechnet. An Unterstufungen wurden gewährt 23 Stuten à 8 Thlr., 6 à 5 Thlr. und 2 à 2 Thlr., sowie eine außerordentliche Unterstützung von 3 Thlr. — Im Anschluß an den von ihm gegebenen Kassenbericht sprach der Cassirer, Lehrer Peudert II., dem Verein den Dank der Empfängerinnen aus. — Auf Grund der von den Herren Hauptl. Zahn und Watsche und Lehrer Töpfer sofort vorgenommene Revision der Rechnungen und Beläge wurde dem Kassirer dankend Decharge erteilt. — Von Herrn Steindruckereibesitzer M. Spiegel ist dem Verein ein sehr erwünschtes Geschenk durch Ueberweisung von 1000 Stück sauber lithographirter Beitrags-Quittungen zu Theil geworden. Die Versammlung spricht demselben ihren besten Dank durch Erheben von den Plätzen aus. — Der vom Vorstehenden, Hauptlehrer Dietrich, gestellte Antrag, die feierlich am 1. März und 1. September erfolgte Eingiehung der halbjährigen Beiträge auf den 1. Januar und 1. Juli zu verlegen, wird angenommen. Ebenso erklärt sie sich mit dem Antrage einverstanden, an den Provinzialvorstand mit Rücksicht darauf, daß der Provinzial-Lehrer-Verein die für Pfingsten in Breslau beabsichtigte allgemeine Lehrer-Versammlung bereits d. J. abhalten will, das Ersuchen zu richten, auch die III. General-Versammlung des schlesischen Festlozzi-Vereins auf den letzten Termin zu verlegen. Zum Delegirten des Vereins für diese Versammlung wird der Vorstehende gewählt.

— Liegnitz, 31. Januar. [Spar-Verein.] Auch für den Bezirk der kaiserlichen Ober-Postdirection in Liegnitz hat sich in der am 28. d. Mts. stattgefundenen Versammlung von Vertrauensmännern ein Spar- und Vorschuß-Verein constituirt. Die Zahl der Anwesenden, welche am Schlusse der Versammlung als außerordentliche Einlagen sofort die Summe von 300 Thlr. gezahlt haben, betrug 54, von denen ein verhältnismäßig großer Theil die Kosten der Reise aus den entferntesten Orten des Bezirks nicht gescheut hatte.

* Nimptsch, 31. Januar. [Frauenverein.] — St. Elisabeth-Genossenschaft.] Die Gesamt-Einnahme des hiesigen „Wälderischen Frauen-Zweig-Vereins“ betrug im Jahre 1871 1043 1/2 Thlr. Während des Krieges wurden gesammelt 777 Thlr., Mitglieder-Beiträge 158 1/2 Thlr., von Wohlthätern des Vereins gegen 8 Thlr. — Im Jahre 1871 wurden in der St. Elisabeth-Genossenschaft 131 Kranke gepflegt. Davon sind genesen 83, gestorben 23, erleichtert 16, in Pflege geblieben 9. Darunter waren Katholiken 58, Evangelische 71, Jüden 2. Zur Abhilfe der augenblicklichen Noth wurden 400 Portionen Essen, auch Kleidung und bares Geld an hilfsbedürftige Kranke verabreicht. Auch wurden an 36 Kinder in weiblichen Arbeiten unterrichtet.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

Februar 1. 2.	Nachm. 2 U.	Abds. 10 U.	Morg. 6 U.
Luftdruck bei 0°	334.32	334.03	333.06
Luftwärme	+ 3/5	0/3	0/3
Thaum	2.18	1.95	1.75
Thaumfälligkeit	80 pSt.	100 pSt.	90 pSt.
Wind	SO. 1	SO. 1	E. 1
Wetter	heiter.	heiter.	heiter.

Breslau, 2. Febr. [Wasserstand.] D.-P. 17 F. 1 Z. U.-P. 5 F. 6 Z. Eisstand.

Auswärtige amtliche Wasser-Apparate.

Brieg, 1. Februar, 6 Uhr früh. Wasserstand am Orvegell 17 Fuß 4 Zoll (5,42 Meter), am Untervael 11 Fuß 2 Zoll (4,30 Meter).

Berlin, 1. Febr. Die Börse trug gleich von vornherein den Charakter der Mattigkeit, für welche der Wiener Platz, der eigentlich nichts verbrach, als daß er keine Anregung bot, verantwortlich gemacht wurde. Bestimmend wirkte, speziell auf Franzosen, die Minder-Einnahme der letzten Woche in Höhe von 28,027 Ft.; später verlor sich der Speculationsmarkt mehr und mehr und schrieb man dies auf Rechnung der bekanntlich schon durch den „Economiist“ ange deuteten Wahrscheinlichkeit einer Disconto-Erhöhung in London. In Credit und Lombarden repräsentirte sich zuerst nur eine Hauffeststellung, die später indeß einer mehr ausgeprägten Baiferrichtung Platz machte. Einzelne österreichische Bahnen waren nicht ohne Leben, Parubiger stiegen sogar, Nordwestbahn war billiger. Amerikaner erst belebt, waren dann wie Türken und Italiener matt, französische Rente fand anfänglich Kauflust trotz weniger günstiger Notiz aus Paris. Ziemlich fest bei großem Geschäft zeigten sich Papier- und Silber-Rente, Rumänen behauptet. Gute Frage entwickelte sich für die der Meinung nach vernachlässigten russischen Bahnen, zu etwas besserem Preise, 71er Vtr.-Anleihe und Boden-Credit bedroht. Inländische Prioritäten zogen theilweise an, matt waren von fremden ungarische Oibahn, während Nordbahn fest und Kaschau-Oderberg sich belebt zeigten; amerikanische schwächer, Buffalo 78 1/2 bez., Morris-Esser 88 1/2 bez. Die 75er et. bez., Grajowo 80 bez., Chorzow 90 bez. Für Bahnen war die Stimmung nicht verheerend. Rumänien blieben etwas billiger beliebt, in den schweren Bahnen fehlte es zu dem überhaupt nicht an Verkehr; junge Bahnen fanden gute Beachtung, namentlich Nahebahn und Hann.-Altenbedener, von denen u. A. nach der „Essener Ztg.“ mit Bestimmtheit verlautet, daß der Ankauf seitens der Bergisch-Märkischen

Bahn gewiß sei. Dyr-Bodenbacher B. gingen lebhaft zu 76—77½ um, Berliner Nordbahn 81½, Aufsig-Exptier 169 bez. Prämien-Gesellschaft lebhaft, Bergische, Rheinische und Köln-Mindener gingen in Posten um. Deutsche und preuß. Fonds ohne lebhaftes Geschäft. Renten im Allgemeinen schwächer, belebt Union, Berliner Bank, Chemnitz Bank-Verein, Essener zu 116½, Internationale Handels-Gesellschaft 109½ Post bez. und zu 109½. Allgemeines Deutsche Handels-Gesellschaft 104½. Breslauer Matler-Vereinsbank 125—126. Silber-Bank 108 bezahlt. Industrie-Aktien fest. Bergwerks- und Eisenbahnbedarfs-Aktien gingen lebhaft um, dann Lauenstein und Bergisch-Mark. Industrie, Hoffmann'sche Waggonfabrik, von der Centralbank eingeführt, holten 102, Zellensfabrik Schaff 112 bez. u. G. (B. u. S. 3.)

Waldburger Kreis. [Erweiterung der Gebirgsbahn.] Die Erweiterung der Gebirgsbahn von Waldburg über Neudorf nach Glas, eine wirtschaftliche Frage von tief einschneidender Bedeutung, die nicht allein unser industrielles und handelsbetreibendes Publikum, sondern auch alle mit ihm in Verkehr stehenden und von ihm abhängigen Bevölkerungsschichten auf's Lebhafteste bisher beschäftigt, ist leider durch eine in der 19. Kammer-Sitzung abgegebene Erklärung des Herrn Handelsministers wieder von der Tagesordnung abgelenkt und in eine graue Ferne gerückt worden, weil die nötigen Mittel, die der Hr. Abg. Stusche auf höchstens 6—7 Millionen Thaler tarirt, dazu nicht vorhanden sein sollen. Die erwähnte Erklärung hat einen trübseligen Eindruck gemacht, umso mehr, als derselbe Minister vor 10 Jahren die Wichtigkeit einer direkten Bahnverbindung zwischen Berlin, Glas und Wien unter Mitberanziehung der industriellen Gebirgsdistrikte Schlesens nicht bloß für die berührten Gegenden, sondern auch für den ganzen Staat und speziell für die Niederschlesische Bahn als außer Frage stehend hinstellte. Dies war denn auch der Grund, weshalb von der damaligen Kammer die erforderlichen Mittel zum Baue der bis jetzt vollendeten Gebirgsbahnstrecke bewilligt, aber unter der ausdrücklichen Bedingung bewilligt wurden, dem begonnenen Werke die im Gange gedachte Ausdehnung folgen zu lassen, weshalb ferner die Kreise Waldburg, Landeshut und Girsberg die von der Staatsregierung ihnen auferlegten Terrain-Entscheidungen zahlten und weshalb endlich die Kreise Waldburg, Neudorf und Glas sich verpflichteten, bei einer Verlängerung des Schienenweges zum Anschluß an Oesterreich den zu occupierenden Boden ebenfalls auf eigene Kosten zu erwerben. Es ist natürlich, daß diese günstige, für den Verkehr so gewinnverheißende Aussicht bald einen mächtigen Hebel für die Unternehmungslust bildete, so daß einestheils eine große Anzahl neuer Etablissements entstand, während andererseits die vorhandenen sich hier und da ausdehnten, resp. in ihrem Umfange bedeutend erweiterten. Ebenso begreiflich aber ist es, daß alle diese Anstalten und die in ihnen beschäftigten vielen Arbeiter einer sehr bedenklichen Zukunft entgegengehen, wenn nicht endlich die längst ersehnte und versprochene Bahnverbindung, die geradezu eine Lebensfrage für den industriellen Neudorfer Kreis und von höchster Bedeutung für den internationalen Verkehr überhaupt ist, geschaffen und einer bisher so stiefmütterlich behandelten Gegend als lebengebende und lebensstärkende Quelle zugeführt wird. — Die Neudorfer Kohle und die Staatsforsten bei Reinerz können nur durch die projectirte Bahnverbindung wahrhaft nutzbringend werden, wodurch allein schon die Rentabilität des Unternehmens, die dem Herrn Handelsminister jetzt so außerordentlich zweifelhaft zu sein scheint, völlig gesichert wäre. Leider haben wir es, wie aus der Fruchtlosigkeit unserer verschiedenen Gesuche und Bemühungen hervorgeht, außer unseren natürlichen Antagonisten, wie die Actionaire der Breslau-Freiburger Bahn oder der ober-schlesischen Gruben, mit mehr unzugänglichen Gegnern als mit vorurtheilslos prüfenden Fürsprechern zu thun. Dazu kommt, daß die Herren Abgeordneten des Kreises Waldburg die in Betracht gezogene Angelegenheit nicht, wie es so sehr gewünscht worden, zum Gegenstande parlamentarischer Besprechung gemacht. Der Eine, aus weiter Ferne hergeholt, kennt unsere Verhältnisse und Bedürfnisse so wenig, daß man ein warmes Interesse für dieselben absolut von ihm nicht verlangen kann, der Andere, ein Breslauer, von dem man es billiger Weise voraussetzen berechtigt wäre, hat sich nicht allein selbst der Schweigsamkeit über die qu. Bahnbaufache beflissen, sondern auch noch aus einem unersinnlichen Motiv den dritten Abgeordneten bewogen, sein zu der betreffenden Position erbetenes Wort zurückzuziehen.

[Zum Gesetz über die Aktien-Gesellschaften.] Man hört, daß man im Reichstag nicht dabei stehen bleiben wird, lediglich dahin einen Zusatz zum Gesetz über die Aktien-Gesellschaften zu fordern, daß vor Vollzahlung der alten Aktien keine Emission junger Aktien stattfinden darf — es soll vielmehr, entgegen dem, was bisher verlautete, eine ganze Reihe von Zusatzartikeln beantragt werden. So z. B. wird man fordern, daß die Emissionen, ob eine neue Aktien-Emission auszugeben sei, niemals dem Ermessen des Verwaltungsrathes allein anheimgegeben werde, es soll dafür im Gegentheil die Zustimmung der Generalversammlung ausdrücklich erforderlich werden.

Berlin, 1. Februar. Weizen loco 68—84 Thlr. pro 1000 Kilogramm nach Qualität, gelber poln. 77½ Thlr., feiner weißer dito 83 Thlr. ab Bahn bez., pr. Februar — Thlr. bez., Februar-März — Thlr. bez., April-Mai 79½ — 1 Thlr. bez., Mai-Juni 79½ — 1 Thlr. bez., Juni-Juli — Thlr. bez. — Roggen loco 54—57½ Thlr. gelber, mittel 54½—55½ Thlr. ab Bahn bez., feiner 56½—57 Thlr. dito, pro Februar und März-März 54½—55½ Thlr. bez., April-Mai 55½—1 Thlr. bez., Mai-Juni 56½—1 Thlr. bez., Juni-Juli 56½—1 Thlr. bez., Juli-August — Thlr. bez. — Rüböl loco 27½ Thlr. bez. — Spiritus loco ohne Faß 23 Thlr. 23—25 Sgr. bez., pro Februar und Februar-März 23 Thlr. 23—25 Sgr. bez., April-Mai 23 Thlr. 27 Sgr. bis 24 Thlr. 5 Sgr. bez., Mai-Juni 24 Thlr. 2—7 Sgr. bez., Juni-Juli 24 Thlr. 6—10 Sgr. bez., Juli-August 24 Thlr. 10—15 Sgr. bez., September-Dezember — Thlr. — Sgr. bez.

Breslau, 2. Februar, 9½ Uhr Vorm. Am heutigen Markte war der Geschäftsverkehr bei geringen Zufuhren (Schleppend), Preise ohne Veränderung. Weizen war unverändert, pr. 100 Kilogramm. Schleischer weißer 6½ bis 8½ Thlr., gelber 6½ bis 7½ Thlr., galizischer 6½—7½ Thlr. Roggen mehr beachtet, pr. 100 Kilogramm. 5 bis 5½ Thlr. Gerste wenig Umsatz, pr. 100 Kilogramm. weiße 4½ bis 5½ Thlr., feinste Sorte über Notiz bezahlt. Hafer in fester Haltung, pr. 100 Kilogramm. 4½ bis 4¾ Thlr. Erbsen vernachlässigt, pr. 100 Kilogramm. 4½—5½ Thlr. Wicken ohne Beachtung, pr. 100 Kilogramm. 4—4½ Thlr. Lupinen ruhiger, pr. 100 Kilogramm. gelbe 3½—3¾ Thlr., blaue 2½ bis 3½ Thlr. Bohnen ohne Beachtung, pr. 100 Kilogramm. 6½—7½ Thlr. Mais (Kultur) 5½—5¾ Thlr. pr. 100 Kilogramm. Delsaaten etwas mehr beachtet. Schlaglein beachtet.

Per 100 Kilogramm netto in Thlr., Sgr., Pf.

Schlag-Reinfaat	8 12	9 5	9 18
Winter-Raps	11 5	11 22	12 5
Winter-Rüben	10 22	11 2	11 12
Sommer-Rüben	9 25	10 15	10 25
Leinöcker	8 15	9	9 12
Rapskuchen ruhiger	75—76 Sgr.	pr. 50 Kilogramm	
Leinölchen 94—96 Sgr.	pr. 50 Kilogramm		
Kleejaat in ruhiger Haltung	rothe 14½—16—18—19—21 Thlr., hochfeine über Notiz, pr. 50 Kilogramm, weiße 19—22½—25 Thlr., hochfeine über Notiz, pr. 50 Kilogramm		
Lohnmothe 8½—9½—11 Thlr.	pr. 50 Kilogramm		
Kartoffeln pr. 50 Kilogramm	28 Sgr. bis 1 Thlr., pr. 5 Liter 3¼—4 Sgr.		

Berliner Börse vom 1. Februar 1872.

Fonds und Geld-Cours.				Eisenbahn-Stamm-Aktion.			
Nordd. Bundes-Anl.	5	100%	bs.	Aachen-Mastricht	1870	1871	1872
do. Schatzanweisung	5	100%	bs.	Berg-Märkische	1870	1871	1872
Freiw. Staats-Anleihe	4½	100%	bs.	Berlin-Anhalt	1870	1871	1872
Staats-Anleihe v. 1869	4½	100%	bs.	Berlin-Görlitz	1870	1871	1872
do. 1865/66	4½	100%	bs.	Berlin-Hamburg	1870	1871	1872
do. 1867/68	4½	100%	bs.	Berlin-Potsd.-Magd.	1870	1871	1872
do. 1869/70	4½	100%	bs.	Berlin-Stettin	1870	1871	1872
do. consol.	4½	100%	bs.	Böhm. Westbahn	1870	1871	1872
do. 1863	4½	100%	bs.	Breslau-Freib.	1870	1871	1872
do. 1864	4½	100%	bs.	do. do. neue	1870	1871	1872
do. 1865	4½	100%	bs.	do. do. neue	1870	1871	1872
do. 1866	4½	100%	bs.	do. do. neue	1870	1871	1872
do. 1867	4½	100%	bs.	do. do. neue	1870	1871	1872
do. 1868	4½	100%	bs.	do. do. neue	1870	1871	1872
do. 1869	4½	100%	bs.	do. do. neue	1870	1871	1872
do. 1870	4½	100%	bs.	do. do. neue	1870	1871	1872
do. 1871	4½	100%	bs.	do. do. neue	1870	1871	1872
do. 1872	4½	100%	bs.	do. do. neue	1870	1871	1872
do. 1873	4½	100%	bs.	do. do. neue	1870	1871	1872
do. 1874	4½	100%	bs.	do. do. neue	1870	1871	1872
do. 1875	4½	100%	bs.	do. do. neue	1870	1871	1872
do. 1876	4½	100%	bs.	do. do. neue	1870	1871	1872
do. 1877	4½	100%	bs.	do. do. neue	1870	1871	1872
do. 1878	4½	100%	bs.	do. do. neue	1870	1871	1872
do. 1879	4½	100%	bs.	do. do. neue	1870	1871	1872
do. 1880	4½	100%	bs.	do. do. neue	1870	1871	1872
do. 1881	4½	100%	bs.	do. do. neue	1870	1871	1872
do. 1882	4½	100%	bs.	do. do. neue	1870	1871	1872
do. 1883	4½	100%	bs.	do. do. neue	1870	1871	1872
do. 1884	4½	100%	bs.	do. do. neue	1870	1871	1872
do. 1885	4½	100%	bs.	do. do. neue	1870	1871	1872
do. 1886	4½	100%	bs.	do. do. neue	1870	1871	1872
do. 1887	4½	100%	bs.	do. do. neue	1870	1871	1872
do. 1888	4½	100%	bs.	do. do. neue	1870	1871	1872
do. 1889	4½	100%	bs.	do. do. neue	1870	1871	1872
do. 1890	4½	100%	bs.	do. do. neue	1870	1871	1872
do. 1891	4½	100%	bs.	do. do. neue	1870	1871	1872
do. 1892	4½	100%	bs.	do. do. neue	1870	1871	1872
do. 1893	4½	100%	bs.	do. do. neue	1870	1871	1872
do. 1894	4½	100%	bs.	do. do. neue	1870	1871	1872
do. 1895	4½	100%	bs.	do. do. neue	1870	1871	1872
do. 1896	4½	100%	bs.	do. do. neue	1870	1871	1872
do. 1897	4½	100%	bs.	do. do. neue	1870	1871	1872
do. 1898	4½	100%	bs.	do. do. neue	1870	1871	1872
do. 1899	4½	100%	bs.	do. do. neue	1870	1871	1872
do. 1900	4½	100%	bs.	do. do. neue	1870	1871	1872

Kurs 40 Thlr. Loose 69% B. Oldenburg Loose 39 B.

Louisdor — — — — — Dollars 1.11½ G. Sovereigns 6 21½ G. Frmd. Bkn. 99% bs. Napoleons 5.104½ G. Oest. Bkn. 86% bs. Imperials 5 14½ G. Russ. Bkn. 63% bs.

Ausländische Fonds.

Oest. Silberrente	4½	63½	bs.
do. Papierrente	4½	63½	bs.
do. Lott.-Anl. v. 60	4½	93½	bs.
do. 64er Präm.-Anl.	4½	68½	bs.
do. Credit-Loose	4½	110½	bs.
do. 64er Loose	4½	86½	bs.
Russ. Präm.-Anl. v. 64	4½	132½	bs.
do. do. 1865	4½	133½	bs.
do. Bod.-Cred.-Pfb.	4½	94½	bs.
do. do. neue	4½	94½	bs.
Russ. Poln. Schatz.-Obl.	4½	75½	bs.
Poln. Pfandbr. III. Em.	4½	74½	bs.
Poln. Liquid.-Pfandbr.	4½	63½	bs.
American 6 proc. Anl.	4½	96½	bs.
Badische Präm.-Anl.	4½	114½	bs.
Baiersche 4 proc. Anl.	4½	117½	bs.
Frankische Rente	4½	68½	bs.
Ital. neue 5 proc. Anl.	4½	82½	bs.
Ital. Tabak-Oblig.	4½	92½	bs.
Rumänische Anleihe	4½	76½	bs.
Rum. 7½ proc. Eis.-Obl.	4½	76½	bs.
Türkische Anleihe	4½	50½	bs.

Badische 35 Fl.-Loose 41½ B. Braunschw. Präm.-Anl. Verl. Schwedische 10 Thlr.-Loose — Finnische 10 Thlr.-Loose —

Eisenbahn-Prioritäts-Aktion.

Eisenbahn-Actien.				Guth.Grundcred.B				8½	—	117½	bs.
Berg-Märk. Serie II.	4½	99½	G.	Hamb. Nordb. Bk.	11½	129½	—	180	etbz.	—	—
do. III. v. St. 3½	4½	85	bs. G.	do. Vereins-Bk.	11½	11½	—	—	—	—	—
do. do. VI.	4½	99½	bs. G.	Hannoversche do.	8½	—	—	113½	bz.	—	—
do. Nordbahn	4½	101½	bs. G.	Königsberger do.	7	—	—	119 B.	—	—	—
Breslau-Freib. Litt. D.	4½	99½	bs.	Landw. Bk. Wylwicki	14½	—	—	155	etbz	—	—
do. do. G.	4½	99½	G.	Leipz. C. Credit-Bank	10	—	—	111½	bs. G.	—	—
Cöln-Minden	4½	100 B.	—	do. Luxemburger do.	10½	—	—	128½	bs.	—	—
do. do. IV.	4½	93½	bs.	Magdeburger do.	8½	10	—	71	—	—	—
do. do. V.	4½	93½	bs.	Meiningen	5½	—	—	205½	½ bz	—	—
Cosel-Oderb. (Wih.)	4½	—	—	Moldauer Lds.-Bk.	10	—	—	130½	G.	—	—
do. do. III.	4½	—	—	NörschtCassenver.	14½	—	—	110	—	—	—
do. do. IV.	4½	—	—	Oest. Credit-Actien	—	—	—	118	bs. G.	—	—
Märkisch-Posener.	5	—	—	do. Ostdeutsche Bank	7½	—	—	206½	bs.	—	—
Nörschl. Märkische.	4½	94½	G.	Posener-Bank	8½	—	—	129½	bz.	—	—
do. do. III.	4½	93½	G.	Pruss. Bank f. d. Prov.	8½	—	—	161½	B.	—	—
do. do. IV.	4½	100½	G.	Pr. Bod.-Cr.-Act. B.	9	—	—	128	bs. G.	—	—
Nörschl. Zwgb. Litt. C.	4½	101	bs.	Pr. Central-Bod.-Gr.	8	—	—	142½	bz G	—	—
Überschles.A.	4½	93½	G.	Sächs. B. 600½ I-S	8	15	—	153½	bz. G.	—	—
do. B.	3½	85½	G.	Sächs. Cred.-Bank	5½	—	—	—	—	—	—
do. C.	4½	93½	G.	Schles. Bank-Ver.	8	—	—	—	—	—	—
do. E.	4½	85	G.	Thüringer Bank	8	—	—	—	—	—	—
do. F.	4½	103	bs.	Ver.-Bk. Quistorp	8	—	—	—	—	—	—
do. G.	4½	100	bs.	Weimarer do.	5½	—	—	—	—	—	—
do. H.	4½	100	bs.								
do. Brieg-Neisse	4½	101½	bs. G.	Berl Eisenb. Bed. A.	14	—	—	196½	bz.	—	—
Ostpreuss. Südbahn	5	99½	bs. G.	Görlitzer	6	—	—	120	G.	—	—
Rechte-Oder-UferBahn	5	101½	G.	Oberschles.	—	—	—	110	bs G.	—	—
Schwes. Eisenb. Bk.	5	102 B.	—	Mark Schmach. B.	9	16	—	93½	bs. G.	—	—
Stargard-Posen III. Em.	4½	98½	bs. G.	Westend, Comm.-G.	—	—	—	200	bz.	—	—
Lemberg-Ozernowitsch	5	68½	bs. G.	do. do. neue	—	—	—	166½	bs.	—	—
do. do. II.	5	77½	bs.	Bred. E. Wagenbau	7	—	—	124	bs G.	—	—
do. do. III.	5	71½	bs.	Schl. Tuchfabrik	0	—	—	123½	bs.	—	—
Gal. Carl-Ludw.-Bahn	5	94½	etbz. B.	Gewb. Schusteract.	7	—	—	—	—	—	—
do. do. neue	5	91½	bs. G.	Miszerva.	0	—	—	—	—	—	—
Kaschau-Oderberg	5	84½	bs.	Schlcs. Zinkh.-Act.	4½	—	—	102	bs. G.	—	—
KronprinzRudolph Bhn	5	84½	bs.	do. St.-Pr.-Act	4½	—	—	105½	bs. G.	—	—
Mähr.-Schl. Centralbahn.	5	84½	bs.	Tarnowitz. Bergb.	5	fr.	9	93	etbz. G.	—	—
Oesterr.-Centralbahn.	5	79½	bs. E.	Hyp. Pröb. d. Pr. Bod.	—	—	—	101½	bs G.	—	—
do. do. neue	5	300	bs.	Pomm. Hyp.-Bk. Act.	—	—	—	97½	bs.	—	—
do. südl. Staatsbahn	5	292½	B.	Goth. Tram. Pfndb.	—	—	—	112½	etbs.	—	—
Prag-Dux	5	249½	bs. G.	MeiningerPrämfdb.	—	—	—	125	z. B.	—	—
Rockford Bock Island	5	85	G.	Pr. Hyp.-Vers.-Act.	101½	—	—	—	—	—	—
Warschau-Wien II	5	47	B. excl. E.	Schlcs. Feuervers.	12½	—	—	—	—	—	—
											</